Nr. 202. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich, vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 25. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Ruhiger Tag im Westen.

Auflösung — oder was sonst?

Hertlings Zusicherung.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Die Blätter beschäftigen sich mit einer Rede, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Scheidemann am Montag in Kassel gehalten und in der er sich auch mit der preußischen Wahlrechtsfrage beschäftigt hat. Wenn die Berichte, auf die sich die Blätter stützen und die auch uns vorgelegen haben, zutreffen, hat der Abgeordnete Scheidemann gesagt, er und sein Fraktionskollege Ebert hätten mit dem Reichskanzler eine Sonderbesprechung gehabt, in der Graf Hertling unter besonderer Berufung auf die der sozialdemokratischen Fraktion gemachten Zusagen des Vizekanzlers v. Payer über die Durchführung des gleichen Wahlrechts ausdrücklich hervorhob, daß der preußische Landtag noch in diesem Jahre aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben würden, da die Königliche Staatsregierung nicht gewillt sei, ihre grundsätzliche Haltung in der Wahlrechtsfrage irgendwie zu modifizieren.

Die Worte, die hier dem Reichskanzler in den Mund gelegt werden, sind entweder mißverständlich oder beruhen auf mißverstandenen Aeußerungen des Kanzlers. **Wir glauben nicht, daß Graf Hertling gesagt hat, der preußische Landtag werde noch in diesem Jahre aufgelöst.** Der Ministerpräsident hat vielmehr wiederholt kundgetan, daß eine Auflösung des Abgeordnetenhauses erst erfolgen werde, wenn alle verfassungsmäßigen Mittel zur Durchführung einer der Königlichen Botschaft entsprechenden Wahlrechtsreform erschöpft worden seien. Da das Herrenhaus aber sich erst demnächst der Aufgabe zuwenden wird und die Hoffnung besteht, daß dieses Haus zu einem Ergebnis kommen wird, dem auch die preußische Staatsregierung zuzustimmen in der Lage sein wird, kann von der Notwendigkeit oder Gewißheit einer Landtagsauflösung noch in diesem Jahre vorläufig keine Rede sein.

Dazu schreibt uns Genosse Scheidemann:

Die Versuche der „Nordd. Allg. Ztg.", an den klaren Bekundungen, die der Herr Reichskanzler Graf v. Hertling dem Abgeordneten Ebert und mir gegenüber in der Wahlrechtsfrage gemacht hat, zu deuteln, zwingen mich, mit aller Deutlichkeit festzustellen, was ich in meiner Casseler Rede nur beiläufig gesagt habe. Ich bin übrigens dazu berechtigt, weil der Herr Reichskanzler auf unsere Frage uns ausdrücklich anheimgestellt hat, von seinen Mitteilungen gelegentlich Gebrauch zu machen. Ich stütze mich hier auf die Notizen, die unmittelbar nach den in Betracht kommenden Unterredungen von uns gemacht worden sind, um die Fraktion so genau als möglich informieren zu können.

Am 3. Juni hatten mein Kollege Ebert und ich eine eingehende Unterredung mit dem Herrn Vizekanzler v. Payer. Im Laufe der Unterredung kamen wir auch auf das Verhalten der Regierung in der preußischen Wahlrechtsfrage zu sprechen. Unter deutlichem Hinweis auf eine von uns ausgesprochene Vermutung, die er aber als falsch bezeichnete, sagte Herr v. Payer dann:

Es bestehe der feste Entschluß, den Landtag aufzulösen, auch im Kriege, wenn nicht in absehbarer Zeit eine Lösung gefunden wird, die nach der Ueberzeugung des Reichskanzlers, der in dieser Frage vollkommen konform mit ihm (v. Payer) gehe, befriedigend sei. Das Versprechen, das gleiche Wahlrecht zu schaffen, müsse eingelöst werden.

Auf unsere Frage, was Herr v. Payer unter „in absehbarer Zeit" verstehe, antwortete er: „Bis zum Winter." Er stellte uns dann anheim, uns vom Reichskanzler selbst bestätigen zu lassen, was er uns gesagt habe. Aus politischen Gründen legten wir allerdings Wert darauf, die Bestätigung noch direkt vom Reichskanzler zu erhalten. Wir wurden dann am 5. Juni zum Herrn Reichskanzler gebeten, der uns u. a. sagte: Herr v. Payer habe ihn über unsere Unterredung unterrichtet. Er könne nur alles bestätigen, was uns Herr v. Payer gesagt habe. Er stehe zu dem Wahlrechtsversprechen. Er habe noch nie ein gegebenes Wort nicht gehalten. Danach werde er auch in dieser Frage handeln. Er sei entschlossen, alles zu tun, um das gleiche Wahlrecht durchzusetzen. Er habe die Vollmacht zur Auflösung. Für ihn sei jetzt nur die Frage: „Wann ist der richtige Augenblick zur Auflösung gekommen?"

Darüber gab es eine längere Aussprache zwischen uns. Dabei bemerkten wir schließlich: Wenn Herr v. Payer uns richtig informiert habe, so beabsichtige der Reichskanzler noch vor dem Winter unter allen Umständen diese Entscheidung in der Wahlrechtsfrage herbeizuführen. Wir dürften das wohl so verstehen: Entweder ist das gleiche Wahlrecht vor dem Winter gesichert oder die Auflösung erfolgt? Der Reichskanzler antwortete:

„Darauf können Sie sich bestimmt verlassen. Entweder ist bis dahin eine Verständigung erzielt worden, oder der Landtag ist aufgelöst."

Ueber die „Verständigung" sprachen wir uns dann sehr deutlich aus. Ein Wahlrecht mit „Sicherungen", wie es mehrfach verlangt worden sei, könnte und würde die Arbeiterschaft nicht als die Einlösung des feierlichen Versprechens des gleichen Wahlrechts anerkennen. Es wurde in diesem Zusammenhang vom Reichskanzler auf einen Artikel des Abgeordneten Giesberts im „Tag" hingewiesen. Wir bezeichneten den Artikel Giesberts als eine ganz persönliche Schrulle, gegen die selbst die christliche Arbeiterschaft sich wehre, von den freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeitern ganz zu schweigen. Darauf sagte uns der Reichskanzler:

„Alles ist mir sehr wertvoll zu hören. **Es bleibt also dabei: Entweder gibt es das gleiche Wahlrecht vor dem Winter oder die Auflösung.**"

Noch ausführlicher zu werden, scheint mir zurzeit nicht erforderlich.

Die feindlichen Massenangriffe am Dienstag — Ringen um Villemontoire — Kämpfe beiderseits der Ardre — Französische Vorstöße bei Mailly abgewiesen.

Berlin, 24. Juli 1918, abends. Amtlich.

Auf dem Schlachtfelde zwischen Soissons und Reims im ganzen ruhiger Tag. Teilkämpfe südlich des Ourcq und südwestlich von Reims.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 24. Juli 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Tätigkeit nördlich der Lys bei Arras und bei Albert. Auf dem Westufer der Avre stieß der Franzose bei örtlichem Angriff bei und südlich von Mailly vorübergehend bis an die Avre vor. Unser Gegenstoß stellte die Lage wieder her und schlug am Abend aus Mailly und nördlich davon vorbrechende Teilangriffe des Gegners zurück.

Zwischen Aisne und Marne setzte der Feind gestern früh nach Heranführung neuer Divisionen seine Massenangriffe fort. Die Armee des Generalobersten von Boehn brachte den mehrfach wiederholten Ansturm des Feindes völlig zum Scheitern. Franzosen und Amerikaner erlitten wiederum schwerste Verluste.

Zwischen Noyant und Hartennes stürmte der Feind fünfmal vergeblich an. Beiderseits von Villemontoire gewann er vorübergehend etwas Boden. Unser Gegenangriff warf ihn über seine Ausgangslinien hinaus zurück. Villemontoire wurde dem in dichten Mengen von unserer Artillerie beschossenen zurückflutenden Feinde wieder entrissen. Nördlich des Ourcq zerschlug unser Vernichtungsfeuer feindliche Angriffe in ihrer Bereitstellung und bei ihrem ersten Ansturm. Panzerwagen, die unsere Linien durchstießen, wurden zusammengeschossen: Infanterie, die ihnen folgte, wurde im Gegenstoß zurückgeworfen. Auch die zwischen Ourcq und Marne kämpfenden Truppen wehrten starke feindliche Angriffe meist schon vor ihren Linien ab. Von der Höhe nordöstlich von Rocourt und aus dem Walde von Chatelet warfen wir den Feind im Gegenstoß wieder zurück. Am Nachmittage fanden nur noch Teilkämpfe statt; der Gegner wurde abgewiesen.

Südwestlich von Reims dauerten schwere Kämpfe tagsüber an. Zwischen Marne und Ardre stieß der Feind mehrfach vergeblich zu heftigen Teilangriffen vor. Nördlich der Ardre warf der Franzose neben weißen und schwarzen Truppen auch Italiener und Engländer in den Kampf. Der Angriff der in der Bereitstellung wirksam getroffenen Italiener kam nur schwach zur Entwicklung und wurde schnell zusammengeschossen. Auch Franzosen und Engländer wurden nach vielfach erbittertem Kampf und teilweise durch Gegenstöße zurückgeschlagen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 24. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:

An der italienischen Front keine nennenswerten Kampfhandlungen. Auf dem albanischen Kriegsschauplatz haben unsere braven Truppen die anhaltenden Anstrengungen des Feindes, unsere Linien im Devoli-Abschnitt zu durchbrechen, durch zähen Widerstand vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Der ukrainische Eisenbahnerstreik.

Die „Stimme Kiews" vom 21. Juli meldet: Der Eisenbahnerstreik verläuft weiter ohne Verwicklung. Die Streikkomitees lehnten die Aufforderung ab, über Beendigung des Streiks zu verhandeln, indem sie erklärten, dazu keine Vollmacht zu haben. Der Streik hält auf allen Linien an. Die „Letzten Nachrichten" berichten: Die von der Eisenbahnverwaltung und den deutschen Behörden getroffenen Maßnahmen zur Beendigung des Streiks blieben vorläufig ergebnislos. Auch die Auszahlung der Löhne hat nichts genützt. In vielen Fällen weigerten sich Beamte und Arbeiter, die Löhne in Empfang zu nehmen, bevor die Forderungen erfüllt würden.

Fochs großer Flankenstoß.

Von Richard Grädke.

Unter dem niederschmetternden Eindruck der Niederlage von Arras-La Fère wurde General Foch, der bis dahin nur dem Namen nach Vorsitzender des obersten Kriegsrats gewesen war, unter dem 29. März zum Oberbefehlshaber aller in Frankreich stehenden Truppen des Vielverbandes ernannt. Die englische Regierung Lloyd Georges überwand den Widerstand ihrer hohen Offiziere gegen ihre Unterordnung unter einen Ausländer und gab ihre Zustimmung dazu, die Regierungen Italiens und der Vereinigten Staaten taten das gleiche. Mit großen Hoffnungen wurde seine Wahl in der feindlichen Presse begrüßt, und alsbald begannen die Prophezeiungen, daß er einen großen Gegenschlag gegen den deutschen Angriff vorbereite, der einen vollkommenen Umschwung der Lage herbeiführen werde.

Als der Gang der Dinge die ungeduldigen Erwartungen nicht sofort erfüllte, beschwichtigte der stets siegessichere Clemenceau im Heeresausschuß am 22. April: „Die Gegenmaßregeln Fochs reifen langsam und sicher heran. Aus diesem Grunde glaube auch ich, daß das Ende des Krieges in nicht mehr zu weiter Ferne liegt." An diesem Vertrauen zu seinem Erkorenen hielt der französische Ministerpräsident auch fest, als der deutsche Sturm des 27. Mai an der Aisne den Generalissimus in seiner Sünden Maienblüte, das heißt völlig unvorbereitet, überraschte. Seine Aufgabe war freilich im Beginn seiner Befehlsführung eine sehr schwierige gewesen. Von überall her kamen die dringenden Hilferufe an ihn, nach den verschiedensten Punkten hin mußte er die Divisionen seines Reserveheeres eilends versenden, um nur das äußerste, den Durchbruch, zu verhüten. Schon am 6. Mai rechnete ihm der deutsche Generalstab nach, daß er 44 Infanterie- und 5 Reiterdivisionen seiner Reserve in den Kampf geworfen habe. Sein an sich richtiges Bestreben, sie immer aufs neue zu bilden, führte denn zur übertriebenen Schwächung der Aisnefront, die nur mit abgekämpften französischen und englischen Divisionen in zu geringer Zahl besetzt war. Sein Auge starrte damals unverwandt nach Flandern hin, verführt wohl auch durch die lärmvolle Furcht seiner englischen Verbündeten um diesen Frontabschnitt; er hielt die Aisnefront für einen ruhigen Teil seiner Stellung.

Die Lehre, die er damals empfing, ging nicht ungenutzt an ihm vorüber. Schon bei Noyon-Lassigny ließ er sich nicht mehr überraschen, und dann noch weniger in der Champagne. Beide Heeresleitungen, die deutsche wie die französische, bekunden übereinstimmend, daß der deutsche Angriff des 15. Juli wochenlang vorher dem Gegner bekannt gewesen sei. Darauf hin beschloß General Foch, seine Vergeltung für die Aisneschlacht zu nehmen und gründete seinen Plan auf die Gestaltung der Kampfeslinie, die aus dem Verlaufe jener Schlacht entstanden war. Die deutsche Front bildete zwischen Aisne und Marne einen tief nach Süden vorgetriebenen Beutel, der eine Bedrohung der Verbindungslinien von Paris nach dem Osten und noch mehr eine Gefährdung der rückwärtigen Verbindungen von Reims bedeutete, aber auch seinerseits dem Gegner eine Flanke bot, wenn er die nötigen Angriffskräfte aufbringen konnte. Dahin ging Fochs unablässiges Streben. Und es gelang ihm.

Freilich nur, weil allmählich die Waffenhilfe Amerikas wirksam zu werden begann. Anderthalb Jahre nach dem Beginn seiner Rüstungen waren Hunderttausende von Kriegern genügend ausgebildet, um in die blutige Prüfung der Schlacht geworfen zu werden. Frachtraum und Sicherungsmaßnahmen genügten, um sie in anscheinend ununterbrochener Folge über den Ozean zu führen. Dort wurde ihre Ausbildung im Uebungslagern mit Hilfe französischer Lehrer nach den neuesten Lehren des Krieges vervollständigt. Der Krieg selbst ist ja ein rascher und eindringlicher Lehrmeister.

In immer mehr Frontabschnitte wurden amerikanische Divisionen eingeteilt und lernten dort allmählich auch praktisch das Kriegshandwerk kennen; andere Brigaden wurden englischen Divisionen zugewiesen, um deren Mannschaftsmangel abzuhelfen. Auch Italiener wurden nach dem Westen gerufen. So gelang es Foch, in der Umgegend von Paris wieder eine ansehnliche Truppenmasse anzuhäufen. Dort standen sie geschickt zur Verteidigung, wenn sich deutsche Heere wirklich gegen die stark befestigte Hauptstadt in Bewegung setzen sollten, aber ebenso handlich, um rasch gegen Flandern und Amiens verschoben oder zum großen Angriff gegen den Raum Soissons-Chateau Thierry eingesetzt zu werden.

Um sich seine Streitkräfte für diesen Stoß ungeschwächt zu erhalten, und sie nicht wieder zur Unterstützung einer Verteidigungsfront einsetzen zu müssen, beschloß Foch, dem vorausgesehenen Angriff der Deutschen in der Champagne auszuweichen. Seine dort stehenden Heere erhielten den Befehl, die vordere Linie zu räumen und kämpfend in ihre unversehrte Hauptstellung zurückzugehen. Dort hielt man sie für stark genug, dem deutschen Angriff längere Zeit standzuhalten und ihn in eine Reihe langwieriger örtlicher Kämpfe aufzulösen, die nach allen

eigenen Erfahrungen des Gegners die deutschen Reserven in hohem Maße verbrauchen mußten. Daß die deutsche Heeresleitung in diese Falle nicht hineingegangen ist, hat sie schließlich Herr und Meister der Lage bleiben lassen.

In der Mitte, südwestlich Reims und südlich der Marne, standen genügend französische, amerikanische, italienische Kräfte bereit, den deutschen Stoß nicht nur in der Abwehr aufzufangen, sondern ihm in entschlossenem Gegenangriff entgegenzutreten.

Wenn so die deutschen Heere in schwere Frontalkämpfe verwickelt waren, gedachte Foch überraschend gegen ihre Flanke in dem 50 Kilometer breiten Raum zwischen Aisne und Marne in einheitlichem Stoße zweier nebeneinander fechtender Armeen von 30 Divisionen loszubrechen. Die Fortnahme von Soissons und der Chaussee Soissons-Thierry mußte sie bereits in eine schwierige Lage bringen. Ging der Angriff weiter, so konnten entscheidende Ereignisse daraus entspringen. Es ist also nicht richtig, Fochs Angriffsunternehmungen nur als eine Entlastung seiner Front und als eine durch die deutschen Fortschritte erzwungene Maßregel anzusehen. Es ist vielmehr ein von langer Hand vorbereiteter, wohl überlegter Versuch, die Freiheit des Handelns zurückzugewinnen, den Deutschen das eigene Gesetz aufzuzwingen und einen völligen Umschwung der Lage herbeizuführen. Die Kämpfe, die seit dem 15. Juni in dem 150 Kilometer weiten Raume zwischen Aisne und Marne und in der Champagne toben, sind als eine einheitlich geleitete gewaltige Schlacht anzusehen, in der General Foch sich große Ziele gesteckt hat. Es war auch durchaus zweckmäßig, daß er den deutschen Angriff sich zunächst entwickeln ließ und erst am 18. Juli seinerseits zum Flankenstoße antrat. Nur daß sein Gegner, wie in der Champagne, so auch in der Mitte seine Absichten durchkreuzte, indem er gelassen den Raum südlich der Marne wiederaufgab, den er sich erkämpft hatte, damit seine Stellung stärker und kürzer machte und an Truppen sparte.

Der Angriff Fochs, den seine Truppen mit großer Wucht durchführten, ist anfänglich nicht ohne Erfolge geblieben; er hat Raum, Gefangene und Geschütze gewonnen. Am dritten Tage aber war die Gewalt seines Ansturms gebrochen; trotz der amerikanischen Hilfe hatte er schließlich doch nicht Truppen genug, um ihn in gleicher Wucht fortführen zu können. Am vierten Tage begann sich deutlich ein schließlicher Mißerfolg abzuzeichnen, und am 22. Juli hat er in der entscheidendsten Richtung, zwischen Aisne und Ourcq, das heißt auf Soissons seine Angriffe zunächst nicht wieder aufzunehmen vermocht. Es muß sich bald herausstellen, ob seine Reserven wieder einmal verbraucht sind.

Die deutsche Heeresleitung teilt mit, daß sie ihre strategische Reserve zur Abwehr des Stoßes nicht habe einsetzen brauchen. In diesem Falle hat sie die volle Freiheit des Handelns behauptet. Fochs großes und richtig angelegtes Unternehmen ist dann ein Luftschloß geworden. Man könnte die Aufgeregtheit der Engländer begreifen, die nach wie vor behaupten, der ganze deutsche Angriff des 15. Juli sei ein Scheinunternehmen gewesen, um Fochs Reserven herauszulocken, der wirkliche entscheidende Angriff werde später in anderer Richtung geschehen. Es stellt sich nicht zum erstenmal heraus, daß die nicht restlose Uebereinstimmung der politischen Interessen beider Verbündeten ein Auseinandergehen auch ihrer strategischen Anschauungen zur Folge hat. Darum haben sich die englischen Generale so heftig gegen den französischen Oberbefehl gesträubt und sind jetzt sehr bekümmert, daß Foch für seinen Flankenstoß auch englische Divisionen von Norden her herangezogen hat.

Das eine wird man gegenwärtig schon sagen dürfen: Fochs Angriff hat einen Umschwung der Lage nicht herbeigeführt, er ist ein Zwischenspiel in dem großen Ringen der beiden Heere und der beiden Feldherren geblieben.

Russisch-finnische Friedensverhandlungen

Nach Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat sich eine Delegation aus Moskau nach Berlin begeben, um, wie beiderseits vereinbart worden ist, daselbst Friedensverhandlungen mit Finnland zu führen. An der Spitze dieser Delegation steht Genosse Worowski.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Die Eröffnung der finnisch-russischen Friedensverhandlung ist auf Wunsch der russischen Delegierten bis zum 29. Juli verschoben worden. Die finnischen Delegierten reisten am Dienstag von Helsingfors nach Berlin ab.

Die deutsche finnische Kommission stellt die Demarkationslinie zwischen Finnland und Rußland im Finnischen Meerbusen übereinstimmend mit der alten Grenze fest.

Die Gegenrevolution.

Die Intervention der Alliierten.

Tokio, 19. Juli. (Reuter.) In einer Sondersitzung nahm der Staatsrat unter dem Vorsitz des Kaisers die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Sibiriens an. Die vorläufige Regierung von Wladiwostok überreichte eine Note an die Alliierten, in der sie um gemeinsames militärisches Vorgehen ersucht. Die Haltung der Alliierten wird von der Lage in Ost-Sibirien abhängig sein.

Das Schauspiel wickelt sich programmäßig ab. Was man für den Schein des Rechts braucht, ist vorbereitet und stellt sich ein, sobald es erwünscht ist. Erst hilft man einer Regierung, die genehm ist, in den Sattel, und dann ruft diese Regierung die Helfer, daß sie sich selber in den Sattel setzen. Der Schlußsatz der Reutermeldung läßt allerdings die Möglichkeit offen, daß die Alliierten Ostsibirien trotz der Wladiwostoker Anregung nicht für den zunächst wichtigsten Punkt halten.

In der Tat war aus zahlreichen Andeutungen im Gewirr der letztwöchigen Ostmeldungen der Eindruck zu gewinnen, daß die mittelsibirischen, noch bolschewikifesten Gebiete um den Baikalsee zurzeit die meiste Beachtung der Alliierten haben. Es ist diesen natürlich darum zu tun, die sibirische Bahn bis an das Uraltor in ihre Macht zu bringen. Sie hoffen, daß das Weitere der Gegenrevolution nach Westen hin sich daraus bequem ergibt.

•

Tientsin, 19. Juli. (Reuter.) In einer gestern im Kriegsministerium abgehaltenen Sitzung entschied das Kabinett, daß China an der Intervention in Sibirien teilnehmen wird.

Das Murmanabkommen der Alliierten.

London, 24. Juli. (Reuter.) Ein amtlicher Bericht bringt den Text des Abkommens, das zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Murmaner Bezirksrates zu gemeinsamem Vorgehen **zur Verteidigung des Murmangebietes gegen die deutsche Koalition** abgeschlossen wurde. In dem Abkommen wird die Einstellung russischer Freiwilliger in die Truppen der Alliierten geplant, außerdem die Aufstellung russischer Truppen unter russischem Befehl. England, die Vereinigten Staaten und Frankreich versprechen, soweit als möglich Lebensmittel für die ganze Bevölkerung des Murmangebietes zu beschaffen und auch die Einfuhr anderer notwendiger Artikel sicherzustellen. Endlich werden sie dem Bezirksrate des Murmangebietes finanziellen Beistand gewähren. Die drei Mächte stellen jede Absicht einer Eroberung in Abrede, und auch der Rat des Murmangebietes erklärt, daß das Abkommen nur den Zweck habe, die Integrität des Murmangebietes bis zur Herstellung für ein großes einiges Rußland zu schützen.

Kamkow und die Spiridonowa erschossen.

Stockholm, 24. Juli. Der sozialrevolutionäre Führer Kamkow, der am 5. Juli auf dem Sowjetkongreß eine gegen den Grafen Mirbach aufhetzende Rede hielt und einen öffentlichen Kampf mit der bestehenden Regierung verkündete, ist standrechtlich erschossen worden; ebenso die sozialrevolutionäre Führerin Spiridonowa. Die Nachricht von diesen beiden Hinrichtungen hat einen niederschmetternden Eindruck auf die Sozialrevolutionäre gemacht.

Marija Spiridonowa, die 32 Jahre alt war, entstammte einer bürgerlichen russischen Familie und hat schon als 21jähriges Mädchen einen russischen General ermordet, der die Bauern besonders unmenschlich peinigte. Auf dem Wege nach Sibirien wurde Marija Spiridonowa einer empörenden Behandlung seitens der Zarendiener ausgesetzt, die u. a. auf ihrem Körper brennende Zigaretten löschten. Das verlieh ihr eine Märtyrerglorie, besonders unter den Bauern, die sie fortan fast wie eine Heilige feierten; am Namens- und Geburtstage Spiridonowas pflegten sie unzählige Kerzen in den Kirchen anzuzünden. Als Marija Spiridonowa Präsidentin des Bauernrates wurde, wallfahrteten russische Bauern massenweise zu ihr. Spiridonowas ganze Zeit war für die Interessen des russischen großen Bauernheers in Anspruch genommen. Sie gilt als eine der mächtigsten Frauen Rußlands. Auf dem fünften Sowjetkongreß brach sie ihre Beziehungen zu den Bolschewiki ab. In Zusammenhang mit dem Mirbach-Attentat wurde sie alsdann von ihnen verhaftet.

Orenburg in Händen der Gegenrevolution. — Die Tschechoslowakenfront.

Moskau, 21. Juli. Wie die Presse meldet, haben die Sowjettruppen Orenburg endgültig aufgegeben. An der Spitze der neuen Orenburger Regierung steht Dotow; die Bolschewiki haben alle Wertsachen mitgenommen.

Moskau, 22. Juli. (P. T.-A.) Die Meldung über die Einnahme der Städte Irkutsk und Tscheta im Transbaikalgebiet durch die Tschecho-Slowaken wird dementiert. Diese Städte sowie das Gouvernement selbst befinden sich in den Händen der Sowjet-Truppen.

Auf der **östlichen Tschecho-Slowakenfront** geht der Gegner auf beiden Bahnlinien vor; an der Bahn Jekaterinburg—Tscheljabinsk sind die Sowjettruppen auf die Station Naumorskaja zurückgegangen. An der West-Uralfront stehen die Sowjettruppen bei Aroslawowo. Die Bahnlinie ist vielfach unterbrochen. In der Richtung Powarinsk stehen die Sowjettruppen auf der Linie Station Lukowskaja—Olsowchkoi—Gelewskoi.

Die Engländer haben in Archangelsk gewaltsam ihre Mission gelandet.

Moskau, 22. Juli. Nach „Wetschernija Iswestija" sind bei Besetzung der Weißmeerküste durch die Engländer einige russische Passagierdampfer beschlagnahmt worden, wobei die rote Räteflagge durch die alte dreifarbige oder die englische Handelsflagge ersetzt wurde.

Moskau, 22. Juli. Die Presse meldet: Der Nowaja Petrogradskaja Gazeta wurde am 18. Juli der Abtransport des Archivs der englischen Gesandtschaft aus Wologda gemeldet.

Die Witebsker Kommission zum Kampf mit der Gegenrevolution befiehlt die Aussiedlung aller Gutsbesitzer bis auf 150 Werst von der Demarkationslinie.

Im Gouvernement Nowgorod herrscht Hunger. Unruhen sind ausgebrochen. Ein gleiches droht dem Gouvernement Wologda.

Aus Andukan wird berichtet, das ganze mohammedanische Proletariat habe sich für den Sowjet ausgesprochen.

Charbin, 23. Juli. (Reuter.) Ein Abkommen zwischen General Horwat und den Tschecho-Slowaken ist wahrscheinlich. 4000 Kosaken in der Gegend von Nikolsk vereinigten sich mit Horwat.

Amsterdam, 24. Juli. „Times" und „Daily Mail" berichten aus New York von der Gründung eines Hilfsausschusses zugunsten der in Sibirien für die Verbandsmächte kämpfenden Tschechoslowaken. Man will zunächst vier Millionen Mark zusammenbringen, um für Arzneien und andere Bedürfnisse der Streiter sorgen zu können. Der Ausschuß soll sich durch Heranziehung der in den Vereinigten Staaten lebenden Tschechoslowaken — ihre Zahl wird auf 1½ Millionen geschätzt — zu einem großen tschechoslowakischen Bunde erweitern.

Die Ernteaussichten.

Nach offiziellen Angaben ist in den 24 europäischen Gouvernements des jetzigen Großrußlands eine befriedigende, zum Teil gute Ernte zu erwarten; nur das Gouvernement Olonez ist von Mißernte bedroht. Die offiziellen Angaben werden durch Berichte Reisender bestätigt.

Die Romanows.

Stockholm, 24. Juli. „Nowy Wietscherny Tschas" berichtet, daß der junge Zarewitsch sich nicht mit seinen Eltern in Jekaterinburg befand, sondern wegen schwerer Erkrankung mit seiner Schwester Tatjana und dem ihm treuen Matrosen Jarewienko in Tobolsk geblieben ist. Auf diese Weise sei er dem sicheren Tode entgangen. Die in Moskau einlaufenden Nachrichten von der Ermordung des Zaren sind voller Widersprüche. Man weiß überhaupt nichts Authentisches über den blutigen Vorgang, da die telegraphische Verbindung mit Jekaterinburg, das sich in den Händen der Tschecho-Slowaken befindet, unterbrochen ist. Fest steht nur, daß die Bolschewiki sich von allen Seiten bedroht sahen, und befürchtet hatten, daß die Tschecho-Slowaken den Zaren befreien werden. Die Tschecho-Slowaken sollen den Tod gerächt und alle Mörder der Reihe nach erschossen haben.

Berlin, 24. Juli. Der kleine Sohn des Großfürsten Michael ist, wie aus Moskau gemeldet wird, nach Dänemark in Sicherheit gebracht worden, und wohnt bei dem dänischen König in Schloß Sorgenfrei bei Kopenhagen.

Moskau, 22. Juli. „Rasch Wek" meldet nach einem Telegramm des Vorsitzenden des Jekaterinburger Gebietsrats, daß am 18. Juli eine unbekannte Bande den Wohnort der ehemaligen Großfürsten Igor, Konstantin und Iwan Konstantinowitsch überfallen und die Großfürsten ungeachtet des Widerstandes der Wache fortgeschleppt habe. Nachforschungen sind eingeleitet.

Republik Turkestan.

Moskau, 22. Juli. Der 5. Gebietsrätekongreß erklärt Turkestan als Republik im Bunde mit Rußland und wählte in das Zentralkomitee 11 Mohammedaner. Die Kommissariate für nationale Angelegenheiten, Justiz, Gesundheitswesen und Inneres sind in mohammedanischen Händen. Die Republik umfaßt die Gebiete Semiretschinsk, Syrdarja, Fergan, Samarkand, Transkaspi, Chiwa und Buchara. Die Orte Buchara mit vorwiegend russischer Bevölkerung werden von Räten der Arbeiterdeputierten verwaltet. Beim Emir befindet sich ein Kommissar der Republik Turkestan, dessen Ratschlägen der Emir Gehör nicht versagt. Die Bahn durch Buchara gehört der Republik und wird durch deren Truppen bewacht. Die von mohammedanischer Bourgeoisie in Kokand geleitete Bewegung für eine autonome Republik wurde unterdrückt. Man ergreift Maßnahmen gegen Dutow und andere Gegenrevolutionäre; die Tschechen sind wegen großer Entfernung ohne Einfluß.

Entscheidungen der Seinefföderation.

Große Mehrheit für den Minderheitsantrag.

Bern, 24. Juli. Der Föderative Rat des sozialistischen Seine-Verbandes trat Sonntag zu einem Kongreß zusammen und erörterte zunächst die Frage der „Humanité". Er beschloß die Gewährung eines Zuschusses von 10 000 Franken, damit das Blatt nicht verschwinden müsse. Ferner wurde die Frage der Kontrollierung von Albert Thomas besprochen und auf Ansuchen von Thomas selber zur Beschlußfassung an den Nationalrat der Partei, der nächsten Sonntag stattfinden wird, verwiesen. Sodann wurde zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge, die auch dem Nationalrat vorgelegt werden, geschritten.

Der Antrag der Kienthaler, der die Kriegskredite verweigert, sofortigen Friedensschluß verlangt und den revolutionären Klassenkampf predigt, erhielt 885 Stimmen und einen Delegierten für den Parteitag.

Ein Antrag der Minderheit, der gleichfalls die Kriegskredite verweigert, falls die Kriegsziele nicht bekanntgegeben und **Pässe für eine internationale Sozialistenkonferenz** verweigert werden, verlangt eine sofortige Zusammenkunft der Internationalen, Formulierung der Kriegsziele auf der Grundlage der russischen und Wilsonschen Grundsätze, nach deren Annahme durch die Mittelmächte **Aufnahme sofortiger Friedensverhandlungen.** Der Antrag **lehnt jede Intervention in Rußland ab,** sofern sie nicht von den Bolschewiki verlangt wird; er **erhielt 6049 Stimmen und 10 Delegierte.**

Ein Antrag der Mehrheit heißt die Beteiligung der Sozialisten an der Landesverteidigung gut und fordert gleichfalls eine sofortige Zusammenkunft der Internationale zur Durchführung des Friedens auf der Grundlage der Wilsonschen Grundsätze; er erhielt 2091 Stimmen und 3 Delegierte.

Anhänger der Richtung Varennes brachten einen Zusatzantrag zum Mehrheitsantrag ein und verlangten daß eine Intervention in Rußland erfolge, da das bolschewistische Regime zu verurteilen sei. Dieser Antrag erhielt 1077 Stimmen und 2 Delegierte.

Ein zentraler Lebensmittelrat der Alliierten.

London, 23. Juli. (Reuter.) Die Vorschläge, die der Konferenz der Alliierten über die Lebensmittelbeschaffung vorgelegt sind, betreffen die Errichtung eines Zentralrates, der in London seinen Sitz haben soll. **Alle Alliierten werden darin vertreten sein.** Der Zweck ist, **ein möglichst enges Zusammenwirken** zu erreichen, damit die Bundesgenossen nicht schlechter versorgt sind und von den verfügbaren Vorräten ihren vollen Nutzen haben können. Die Vorräte kommen daher unter Kontrolle, und der Rat wird den Bedarf der verschiedenen Bundesgenossen, die Frage des Vorranges, sowie die Finanzfrage untersuchen. Alle Lebensmittelverwalter haben die Vorschläge günstig aufgenommen. Man hofft, daß der zentrale Lebensmittelrat vor Hoovers Abreise in Wirksamkeit treten wird. Alle Lebensmittelverwalter haben unbeschränkte Vollmacht, damit die Entschlüsse, die sie fassen werden, sofort durchgeführt werden.

Die Organisation, die von den Alliierten ins Auge gefaßt wird, erfordert einen gewaltigen Apparat, der nicht sofort mit sämtlichen Rädern laufen wird. Aber immerhin wird ein Anfang gemacht, der als Teil der Gegenwehr gegen die materiellen und moralischen Wirkungen des U-Boot-Krieges natürlich nicht unwichtig ist. Ob die Organisation Einfluß gewinnt, hängt freilich davon ab, ob es gelingt, gefüllte Lebensmittelreservoire zu schaffen, groß genug, um die Bevölkerungen von mindestens drei Reichen mit Zuschüssen zu versorgen. Daß eine solche Organisation, wenn sie nicht ein bloßes Luftgebilde zur Anregung von Hoffnungen bleiben soll, gewaltige Zufuhren von Uebersee voraussetzt, ist klar.

Das Verbot des italienischen Sozialisten-Kongresses.

Die Antwort der sozialistischen Parteileitung.

Das Verbot des nach Rom einberufenen sozialistischen Parteitages wird von der Regierung damit begründet, daß eine Debatte über die Haltung der Partei dem Kriege gegenüber, die als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung steht, die Interessen Italiens gefährde und daher nicht geduldet werden könne. Der römische Ausschuß der sozialistischen Parteileitung fordert im „Avanti" alle Parteimitglieder auf, die Beteiligung an Körperschaften und Handlungen, die die Mitarbeit der Sozialisten benötigen, als Protest gegen die diktatorische Regierungsmaßnahme abzulehnen.

Wie „Avanti" ferner aus Rom meldet, hat der sozialistische Deputierte Graziadei dem Ministerpräsidenten am 19. Juli brieflich mitgeteilt, daß er die Mitarbeit in der Kommission für Uebergangswirtschaft, in die er von Orlando berufen worden war, verweigere. Wenn dieser Entschluß auch nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufforderung des römischen Ausschusses der sozialistischen Parteileitung steht, so kann doch festgestellt werden, daß nunmehr drei sozialistische Deputierte die Beteiligung an der genannten Kommission mit der Begründung abgelehnt haben, daß sie als Mitglieder der sozialistischen Oppositionspartei nicht in den von der Regierung ernannten Kommissionen mitwirken können.

Professor Henkel freigesprochen.

Gestern vormittag verkündete der Vorsitzende des Disziplinargerichtshofs, Oberverwaltungspräsident Dr. Ebsen, das Urteil: „Das Urteil der ersten Instanz wird aufgehoben. Der beschuldigte Professor Henkel freigesprochen. Die baren Auslagen des Verfahrens fallen der großherzoglichen Staatskasse zur Last."

In der Begründung des Urteils führte der Präsident unter anderm aus: Bei der Nachprüfung des gegen den Beschuldigten angeführten Materials ist das erkennende Gericht zu wesentlich anderen Feststellungen wie die Dienststrafkammer insofern gekommen, als nach Ansicht des Gerichts von dem ganzen Belastungsmaterial nur noch bleibt, daß bei Unterbrechung der Schwangerschaft möglicherweise bei der Anzeigestellung nicht ganz sorgsam verfahren wurde, und in zwei Fällen unterlassen wurde, die herausgenommene Gebärmutter zu öffnen und festzustellen, ob das Kind vielleicht noch lebe. Die Angaben einiger Assistenten, aus denen die Dienststrafkammer entnommen hat, daß Prof. Henkel eine gewisse Operationssucht zum Vorwurf zu machen sei, können für das Gericht nicht maßgebend sein, denn diesen Bekundungen stehen andere gegenüber, die das Gegenteil sagen. Bezüglich der Schwangerschaftsunterbrechungen und des weiteren Eingriffs zur Unfruchtbarmachung besteht in Wissenschaft und Praxis volle Uebereinstimmung, daß solche Eingriffe unter gewissen Voraussetzungen straflos sind, insbesondere, wenn sie zur Rettung der Mutter aus Lebensgefahr oder zur Abwendung dauernder Gesundheitsschädigung vorgenommen werden. Das Gericht ist somit zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein solcher Eingriff nur in einem Fall als nach der Wissenschaft unberechtigt sich nachweisen ließe. Ungerechtfertigt erscheint der Vorwurf, der Beschuldigte habe Kranke vernachlässigt; ebenso nimmt das Gericht ein Verschulden wegen der Grenzüberschreitungen und wegen Vernachlässigung der Sektionen nicht an. Prof. Henkel hat das nicht anders gehandhabt wie andere Kliniken.

Wesentlich anders als nach den Feststellungen des Vorderrichters stellt sich schließlich auch der

Prinzenfall

dar. Ein vollkommen klares Bild haben allerdings auch die neuen Erhebungen nicht ergeben, es steht aber fest, daß nur Frau Reichenbach in Frage kommen kann und sie andererseits diejenige Frau nicht sein kann, die nur schnell vorbereitet worden ist, um dem Prinzen vorgeführt zu werden. Es bleibt nur übrig, anzunehmen, daß die Zeugen mehrere Vorgänge nachträglich miteinander in Verbindung gebracht und vermengt haben. Was dem Beschuldigten jetzt noch zum Vorwurf gemacht werden kann, ist nur, daß er dem Prinzen, einem Laien, das Zusehen bei

Operationen an den Geschlechtsteilen

gestattet und bei einer dieser Operationen sich etwas selbstgefällig benommen hat. Beides ist vom ethischen Standpunkt nicht zu billigen, aber ein Disziplinarvergehen hat das Oberverwaltungsgericht darin nicht erblicken können. Der Beschuldigte ist nach seiner eigenen Angabe ein Mann von ausgeprägtem Selbstbewußtsein. Das mag auch mit Veranlassung gewesen sein, daß ein schwerer Verdacht in diesem Verfahren gegen ihn entstehen konnte. Andererseits ist er, davon ist das Gericht überzeugt, eine ernste Persönlichkeit, die von der sozialen Bedeutung ihres Berufs und von der hohen Bedeutung ihrer Aufgaben als Universitätslehrer und Mimikleiter durchdrungen ist.

Da dieses Urteil endgültig ist, fällt auch der Grund für die Amtsenthebung weg, und Prof. Henkel wird sein Amt als Direktor der Universitätsfrauenklinik in Jena wieder antreten und auch bei Beginn des Winterhalbjahres seine Vorlesungen an der Universität wieder aufnehmen.

Groß-Berlin

Feudalrecht auf der „Großen Berliner".

Zu den angestammten Rechten, die den Rittergutsherren in der guten alten Zeit eigneten, gehörte neben dem bekannten Jus primae noctis (dem Recht auf die erste Nacht nach der Hochzeit) auch das des Patrimonialgerichts. Dieses bestand in der Befugnis zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über die Gutseingesessenen und war für die Herren Ritter nicht nur von rein ideellem, sondern auch von praktischem Werte. Denn nicht nur daß sie in eigener Sache Anklagen erheben, Untersuchungen führen und Urteile fällen durften: auch die Vollstreckung lag ihnen ob und die Geldbußen flossen in ihre private Schatulle. Aber die patriarchalischen Zustände der feudalen Zeit brachten es mit sich, daß die Gutsuntertanen meist nicht über ansehnliche Barmittel verfügten und die Geldstrafen daher wenig ergiebig waren. Daher mußten sich die Ritter nach weiteren Einnahmequellen umsehen, und der resolutere Teil von ihnen fand diese in der sogenannten Wegelagerung, Buschklepperei und Ausplünderung von Reisenden.

Das richtige Feudalrittertum besteht heute nicht mehr, ein nüchternes kapitalistisches Zeitalter hat es verscheucht. Aber den romantisch veranlagten Naturen, die den Untergang der alten Ritterpoesie beklagen, erwächst ein Trost aus der Tatsache, daß wir Berliner wenigstens ein Surrogat für das verlorene soziale Kleinod besitzen. Niemand anders als unsere allbeliebte Große Berliner Straßenbahn ist es, die in ihrem neuesten Ukase, betreffend die Bestrafung der Fahrgeldhinterziehungen, uns „mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden" einen immerhin teilweisen Ersatz für das alte Feudalwesen geschaffen hat. Jeder Fahrgast, der ohne Billett angetroffen wird, unterliegt in Zukunft einer sofort zu entrichtenden Geldbuße von 1 M. Die Straßenbahn selber fahndet auf den Täter, führt selber die Untersuchung, stellt durch einfache Befragung ihrer eigenen Angestellten die Schuld fest, fällt und vollstreckt in eigener Person das Urteil. Und gegen dieses Urteil gibt es keine Berufung und keine Revision. Der souveräne Kontrollbeamte der Großen Berliner faßt gegen einen Fahrgast den Verdacht böswilliger Fahrgeldhinterziehung, die Schaffnerin, die unfehlbar ist und sich niemals irren kann, bestätigt auf Befragen den Verdacht — und schon ist das Urteil fertig und wird vollstreckt! Ein typischeres Beispiel von feudaler Patrimonialgerichtsbarkeit ist nicht gut denkbar. Wehe dem Unglücklichen, der die Mark nicht besitzt, und wehe dem Verblendeten, der im Gefühl seines guten Rechts sich der Urteilsvollstreckung widersetzt! Denn die Buße wird zwar eingezogen „unbeschadet der Strafverfolgung", die Mark, die in die Kasse der Großen Berliner fließt, dürfte aber das Lösegeld sein, mit dem man sich von weitergehenden strafrechtlichen Scherereien loskauft. Da es sich bei diesem Rechtsgange nicht vermeiden läßt, daß sehr häufig vollkommen schuld- und ahnungslose Reisende zugunsten der Großen Berliner an ihrem Geldbeutel gekürzt werden, so drängt sich dem Freunde feudaler Romantik der Vergleich nicht nur mit der Patrimonialgerichtsbarkeit, sondern auch mit dem alten Raubrittertum von selber auf.

Um den poetischen Zauber des Feudalismus in seinem vollen Glanze wieder aufleben zu lassen, fehlt jetzt nur noch eines. Aber wir sind überzeugt, daß man uns auch darauf nicht mehr lange wird warten lassen. Denn angesichts des Geistes, der aus dem neuen Ukase spricht, kann es nur noch eine Frage der Zeit sein, daß die Große Berliner gegenüber ihren Fahrgästen auch noch das Jus primae noctis in Anspruch nimmt. Natürlich „mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden."

•

Aus den Kreisen der Straßenbahn-Angestellten erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Zunächst darf man wohl überhaupt daran zweifeln, daß es dem Schaffnerpersonal möglich ist, trotz der Frage, ob noch jemand ohne Fahrschein, diese Scheine auszugeben oder zu entwerten. Schon der Laie wird beobachtet haben, daß das schlechterdings bei dem jetzigen Verkehr und den Dienstanordnungen nicht durchführbar ist. Die Schaffnerin kann wiederholt ihren Ruf erschallen lassen und dennoch wird sie die Arbeit nicht bewältigen können, um so mehr als sie bei jeder Haltestelle wieder zum Hinterperron sich durchzwängen muß, um das Abfahrtssignal zu geben. Bei dem nun sicher entstehenden Streit, wenn die Kontrolle erscheint, muß die Schaffnerin erklären, daß der Fahrgast ohne Fahrschein sich nicht gemeldet hat, denn sonst erhält sie die Strafe, und diese ist oft hart. Auf der anderen Seite ist seitens der kontrollierenden Beamten keine Nachsicht zu erwarten, weil sie in solchen Fällen auf Prozente arbeiten. Und weiter: Hat jemand, der im Innern des Wagens ganz vorn Platz nehmen muß, schon gehört, was die Schaffnerin im hinteren Teil des Wagens ausruft? In 90 von 100 Fällen sind diese Ausrufe nicht zu verstehen. In den meisten Fällen werden sich die Fahrgäste weigern, die ihnen auferlegte Strafe zu zahlen, und das Fahrpersonal wird bei dem Publikum weder Schutz noch Beistand finden. Damit wachsen die Schwierigkeiten für die Schaffnerinnen ins ungeheure. Sind heute schon derartige Zustände vorhanden, daß täglich in unglaublicher Zahl Wagen wegen fehlenden Personals nicht in Betrieb genommen werden können, so wird die Personalflucht noch eine größere werden.

Schließlich entsteht die rechtliche Frage, ob die „Große" solche Strafen einziehen darf. Die Straßenbahnen haben keinen abgeschlossenen Bahnkörper und daher können Bestimmungen wie bei der Eisenbahn hier keine Geltung finden. Man darf gespannt sein, wie die ersten Prozesse, die sich bald ergeben dürften, auslaufen werden.

Alle diese Unannehmlichkeiten, die sicher das Ansehen der „Großen Berliner" nicht heben dürften, könnten beseitigt werden, wenn bei verkehrsreichen Zeiten zwei Schaffnerinnen die Wagen bedienten. Man wird uns seitens der Gesellschaft den Personalmangel entgegenhalten. Daran ist aber die Unternehmerin selbst schuld! Wie das Personal, besonders die Frauen, auf den einzelnen Bahnhöfen in unglaublicher Weise gequält werden, zeigen die immer wiederkehrenden Beschwerden an die Direktion. Aber auch sonst herrschen Zustände, die der Außenstehende nicht für möglich halten möchte. Ein Personal, das infolge verkehrter Maßnahmen der Betriebsleitung in ständigem Aerger und Streit mit dem Publikum leben muß, und noch derartig schlecht behandelt wird, hat natürlich nur das eine Bestreben, sich möglichst vor jeder Bestrafung zu schützen, und wird bei der Festsetzung der Strafe wegen Hinterziehung des Fahrgeldes immer zu ungunsten der Fahrgäste zeugen.

Auf jeden Fall hat aber die Große Berliner wieder ein Geschäft gemacht. Mit Hilfe der Aufsichtsbehörde braucht sie sich nun nicht um die Vermehrung des Personals zu bekümmern. Sie bekommt ihr Fahrgeld auch so. Nicht weniger als 3½ Millionen Mark fallen ihr, wie sie selbst angibt, ohne Ausgaben in den Schoß. Den Aerger, den Verdruß und den Schaden zu tragen, überläßt man dem Publikum und dem Personal!

Freiwillige vor!

Landwirtschaft, Eisenbahn, Forstwirtschaft und alle **kriegswichtigen Betriebe** müssen arbeitsfähig erhalten bleiben. Die große Armee der Heimarbeiter benötigt Arbeitskleidung.

Gebt Eure entbehrlichen Anzüge ab!

„Gemeinnützige" Massen-Ausmietung.

Kaum ist der preußische Staatskommissar für Wohnungswesen mit seinen Ausmietungsansprüchen vom Berliner Mieteinigungsamt zurückgewiesen worden, als aus Steglitz die Nachricht kommt, daß eine zur Herstellung von Angestellten-Heimstätten errichtete Aktiengesellschaft dort ein ganzes Wohnhaus ausgemietet hat, leider aber mit ihren Ansprüchen beim Steglitzer Mieteinigungsamt durchgedrungen ist. Die Entscheidung soll schon vor dem zurückweisenden Urteil des Berliner Mieteinigungsamtes gefällt worden sein. Es handelt sich um das Haus Ahornstr. 19, das von neunzehn Mietsparteien bewohnt wird, darunter auch einer Reihe von kleinen Leuten. Die Aktiengesellschaft ist auf Anregung und unter Beteiligung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte unter der Bezeichnung „Gemeinnützige Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten" vor kurzem gegründet worden. Die erste Tat dieser „gemeinnützigen" Gesellschaft ist nun, daß sie, wie dem „Steglitzer Anzeiger" von beteiligter Seite geschrieben wird, die Bewohner des Hauses Ahornstraße 18, einer stillen Seitenstraße zu Steglitz, ausmietet, um binnen Jahresfrist der Gesellschaft Platz zu machen. Dabei soll das Haus nicht etwa den Angestellten der Gesellschaft als Wohnung dienen, sondern es ist dazu bestimmt, die Amtsräume der „Gemeinnützigen" aufzunehmen. Zu diesem Zweck werden Leute, die erwarten sollten, bei der bitteren Wohnungsnot in jenem Hause für ihre Familien eine bleibende Wohnstätte gefunden zu haben, jetzt bettelnd nach einem neuen Obdach suchen. Wie erwähnt, ist im Gegensatz zum Berliner Mieteinigungsamt das Steglitzer Einigungsamt den bedrängten Familien nicht zur Seite getreten, sondern hält die Interessen einer großen Aktiengesellschaft, die in den ungezählten leerstehenden Geschäftsräumen von Groß-Berlin sehr gut unterkommen könnte, für wichtiger! Den Familien ist es bei der herrschenden Wohnungsnot unmöglich, ein auch nur annähernd gleichwertiges Heim zu finden; ihre Not wird aber nur als Unbequemlichkeit angesehen, die keine Berücksichtigung erfordert. Damit eine Gesellschaft Millionen zur zur Errichtung von Heimstätten verwenden kann, läßt man willig zu, daß vorerst vorhandene Heimstätten beseitigt werden.

Dieser Steglitzer Fall, wo es sich um die Wohnungen von annähernd 20 Familien handelt, ist weit krasser als der Fall des Staatskommissars in Berlin, der lediglich zwei Luxuswohnungen ausmieten wollte. Um so bedauerlicher ist es, daß die bereits getroffene Entscheidung des Steglitzer Mieteinigungsamts nach den gesetzlichen Bestimmungen endgültig ist. Unseres Erachtens sollte es die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die aus den Geldern der Angestellten über Millionen verfügt, für unter ihrer Würde halten, die Tätigkeit der „Gemeinnützigen Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten" mit einer Massenausmietung zu beginnen.

Direktor der „Gemeinnützigen Gesellschaft ist ein Regierungsrat Koska, der zugleich für den im Felde stehenden Eigentümer des Hauses Ahornstraße 19, als juristischer Beirat funktioniert.

Die „spanische Krankheit" ist keine Influenza!

Nach einer vor etlichen Wochen im Reichsgesundheitsamt stattgefundenen Besprechung sollte der Erreger der jetzt verbreiteten „spanischen Krankheit" identisch sein mit dem Bazillus der in den Jahren 1889—93 aufgetretenen Influenza. Diese Ansicht kann nach den neuesten Forschungsergebnissen des Leiters des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M., Geheimrats Prof. Dr. Kolle, als widerlegt gelten. In den überaus zahlreichen Sputumproben, die Professor Kolle zur Untersuchung zur Verfügung gestellt wurden, waren keine Influenzastäbchen nachweisbar. Den jetzigen Krankheitserreger beschreibt der Gelehrte in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" wie folgt: Es ist in allen Fällen ein Kokkus (ringförmiges Gebilde), zuweilen in Reinkultur, zuweilen mit Pneumokokken vermischt.

Prof. Dr. Kolle kommt auf Grund seiner Beobachtungen zu dem Ergebnis, daß der Bazillus der „spanischen Krankheit" nicht mit dem Influenzaerreger identisch ist.

Ausgabe von 2½-Pfennig-Stücken. Infolge der Schwierigkeiten, die sich naturgemäß aus dem Rechnen mit halben Pfennigen ergeben mußten, ist die Prägung eines 2½-Pfennig-Stückes aus noch zu bestimmendem Metall in Aussicht genommen. Mit der baldigen Einführung der neuen Münze ist zu rechnen.

Die älteste Berlinerin gestorben. Im Alter von fast 108 Jahren ist die Witwe Auguste Weißbecker gestorben. Die Greisin, die in der Neuen Jakobstraße 19 bei ihrer Enkelin wohnte, war noch bis vor kurzem körperlich und geistig ziemlich rüstig.

Militärfrachtbriefe werden mit dem 15. August von der Heeresverwaltung eingeführt. Sie gelten für alle militärischen Sendungen zum und vom Feldheer, in der Heimat und im besetzten Gebiet. Für Abfertigung von Privatgütern, die Heeresangehörige im öffentlichen Verkehr versenden, ist das bisherige Frachtbriefmuster zu gebrauchen. Desgleichen behalten die Frachtbriefe für internationale Eisenbahntransporte die bisherige Form. Der Militärfrachtbrief darf nur mit schriftlicher Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos hergestellt werden. Er ist im freien Handel nicht erhältlich, sondern wird den militärischen Dienststellen in der Heimat durch die stellvertretenden Generalkommandos, den Dienststellen im Felde durch die Militäreisenbahnverkehrsämter (Militärgüterämter) auf Anfordern zugestellt. Zum Aufbrauch der vorhandenen Bestände können bis 31. Oktober 1918 militärische Sendungen mit dem bisherigen Frachtbriefmuster aufgeliefert werden. Nach diesem Zeitpunkt werden von den Güterabfertigungen nur noch Militärfrachtbriefe als Begleitpapier zu militärischen Sendungen angenommen.

Im Admiralstheater wird am Freitag „Das Geschlecht derer von Ringwall" zum erstenmal gezeigt.

Mit Gewichten belastet wurde gestern aus dem Kleinen Wannsee die Leiche eines unbekannten Mannes gezogen. Der Tote hatte eine Schußwunde am rechten Hinterkopf und mehrere Gewichtstücke in den Taschen. Er ist 35—40 Jahre alt, mittelgroß und dunkelblond und trug einen dunklen Jackettanzug, schwarze Stiefel und weiße Wäsche, die F. S. gezeichnet ist.

Neukölln. Fleisch- und Wurstverkauf. Der Magistrat teilt mit: Die Verbraucher haben auf Verlangen des Fleischverkäufers bis zu ein Fünftel der ihnen zustehenden Fleischmenge in Wurst zu entnehmen. Von den drei in Neukölln zugelassenen Wurstarten werden die Blut- und Leberwurst in ungefähr gleichgroßer Menge hergestellt und von den Fleischverkäufern auch meistens je zur Hälfte abgegeben. Die Anfertigung von Brühwurst (Breslauer) erfolgt in der Regel nur dann, wenn die Fleischermeister mit sehr fleischarmen Rindern beliefert werden, deren Fleisch von den Käufern erfahrungsgemäß nur ungern angenommen werden würde. Wegen der knappen Belieferung mit Schlachtviehfleisch müssen diese Rinder verteilt werden. Lediglich aus diesem Grunde ist aus der vorerwähnten und in allen Gemeinden Groß-Berlins geltenden Verordnung die Herstellung einer Brühwurst vorgesehen. Die Weigerung der Abgabe von Leberwurst durch den Fleischverkäufer, weil der Haushalt des Käufers nur aus zwei Personen besteht, ist unzulässig. Klagen über die Weigerung, Wurst, falls solche vorhanden ist, abzugeben, und Beschwerden über die Güte der Ware sind bei der Fleischversorgung, Rathaus, Zimmer 309, anzubringen.

Pankow. Lebensmittel. Vom 24. ab gelangen in den bekannten Geschäften gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 44 und 45 von der gemeinsamen Lebensmittelkarte Graupen zum Verkauf. Auf den Bezugs- und Quittungsabschnitt 44 und 45 der gemeinsamen Lebensmittelkarte entfallen je 150 Gramm, also zusammen 300 Gramm. Die Militärurlauber erhalten die Ware nur gegen Vorlegung des Urlaubspasses und gegen Abtrennung des Bezugsabschnittes 1 und 2 von der Lebensmittelkarte für Militärurlauber der 30. Woche. Der Preis beträgt für 500 Gramm 36 Pf., für 150 Gramm 11 Pf. Für Kranke und schwangere Frauen, welche über den 30. Juli hinaus noch Anspruch auf Vollmilch haben, findet die Neuausgabe der Milchkarten vom 25. bis 31. Juli im Rathause, Zimmer 44, in der Zeit von 8—2 Uhr und 5—7 Uhr statt, und zwar für Personen mit dem Anfangsbuchstaben: A bis E am 25., F bis J am 26., K bis L am 27., M bis R am 29., S bis T am 30., U bis Z am 31. Beim Umtausch sind die alten Milchkarten als Ausweis vorzulegen. Die Milchkarten müssen persönlich in Empfang genommen werden. Die neuen Milchkarten sind dem bisherigen Milchhändler behufs Abstempelung auf der Rückseite und Eintragung der laufenden Nummer der Kundenliste vorzulegen. — Vom 23.—30. gelangt in einigen Geschäften für Kinder und Kranke, die im Besitz einer Vollmilchkarte für den Monat Juli sind, Fruchtsirup zum Verkauf. Auf den Stammabschnitt der Vollmilchkarte für den Monat Juli 1918 und nur gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte der Gemeinde Berlin-Pankow entfallen 250 Gramm Fruchtsirup. Der Preis beträgt für 500 Gramm 1,70 M., für 250 Gramm 0,85 M.

Reinickendorf. Lebensmittel. Die Ausgabe der auf Abschnitt 29 der Kartoffelkarte entfallenden Ersatznährmittel an die Verbraucher erfolgt gegen Abtrennung der an der Karte verbliebenen und abgestempelten Abschnitte. Auf die Abschnitte 30 können ebenfalls für jedes ausgefallene Pfund Kartoffeln 100 Gramm Hülsenfrüchte ver-

abfolgt werden. Voranmeldung findet nicht statt. Bei der Belieferung sind die Abschnitte abzutrennen. Jeder Einzelabschnitt gilt für 50 Gramm. — Auf Abschnitt 100A/B der Lebensmittelkarte für die Gemeinde werden 500 Gramm Weichkäse zum Preise von 2,10 M. abgegeben. Eine vorherige Anmeldung bei den Händlern ist nicht erforderlich. Die Einwohner haben den Käse dort zu kaufen, wo sie den Kunsthonig angemeldet haben. — Diejenigen Händler, welche nachträglich Heringe erhalten haben, können den noch vorhandenen Bestand freihändig, jedoch nicht mehr als 1 Pfund für die Person abgeben.

Mariendorf. Lebensmittel. Für die Woche vom 22.—28. dürfen zunächst nur auf die Doppelabschnitte 30a—d der Kartoffelkarte zusammen 4 Pfund entnommen werden. Die Ausgabe erfolgt durch Händler und zum Teil durch hiesige Landwirte. Siehe Bekanntmachungen. Beim Eintreffen weiterer Kartoffelmengen erhalten in erster Linie diejenigen Bezugsberechtigten, die in voriger Woche nicht sieben Pfund erhalten konnten, noch weitere Kartoffeln. Bezugsberechtigte, die für die Abschnitte 30a—g keine Kartoffeln beziehen können, erhalten als Ersatz für jedes ausfallende Pfund 100 Gramm Hülsenfrüchte, im Höchstfalle also 300 Gramm. Der Preis für 100 Gramm Hülsenfrüchte beträgt 15 Pf. Die Ausgabe der Hülsenfrüchte beginnt am 26., Urlauber erhalten die eventuell zustehenden Hülsenfrüchte gegen Vorlegung der Kartoffelkarte im Gemeindeladen Südende oder Mariendorf, Chausseestr. 87. — Die Ausgabe der neuen Nahrungsmittelkarten erfolgt diesmal auf Grund der neuen Hauslisten. Dieselben sind spätestens bis 25. an die zuständige Brotkommission einzureichen. Siehe Bekanntmachung. — Auf Abschnitt 55 der Groß-Berliner Lebensmittelkarten wird Auslandsmarmelade verkauft. Abgegeben werden auf jede Lebensmittelkarte 225 Gramm zum Preise von 77 Pf. Die Ausgabe erfolgt gemeinsam mit dem Kunsthonig in den Gemeindeverkaufsstellen. Wer bei dem jetzigen Verkauf Marmelade nicht erhält, kann den Abschnitt 55 bei einem späteren Verkauf von Auslandsmarmelade einlösen. Dazu wird durch besondere Bekanntmachung aufgefordert werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neukölln. Heute abend 8 Uhr in den Passage-Festsälen, Bergstr. 151/52: Frauenversammlung. Reichstagsabgeordneter R. Wissell referiert über: Die Aufgaben der Sozialdemokratie nach dem Kriege. Gäste haben Zutritt.

Aus aller Welt.

Ein Güterzug von Räubern überfallen.

Oberhausen, 23. Juli. In vergangener Nacht wurde ein Güterzug auf der Fahrt Duisburg—Oberhausen von bewaffneten Räubern überfallen, die mit vorgehaltenem Revolver das Bahnpersonal zwangen, die Ausraubung der Wagen zuzulassen. Eine von Oberhausen mit Bahnbeamten abgelassene Hilfsmaschine gelangte an den Tatort, als die Räuber noch mit der Fortschaffung der Säcke beschäftigt waren. Neun Säcke wurden zurückgeholt. Die Bande ist bisher nicht ermittelt.

Ungetreue Proviant-Beamte.

Vor dem Kriegsgericht in Osnabrück kamen eine ganze Reihe von Unterschlagungen, Diebstählen und Veruntreuungen zur Verhandlung, die beim Osnabrücker Proviantamt verübt worden waren. Eine große Menge von Lebensmitteln ist gestohlen worden. Der Hauptangeklagte Proviantamtinspektor Plattner erhielt 1½ Jahre Gefängnis und wurde degradiert. Zehn andere Angeklagte erhielten ähnliche Strafen.

Türkische Tabaksendung nach Deutschland. Konstantinopel, 23. Juli. Der Dampfer Pathmos mit 10 000 Ballen Tabak für deutsche Rechnung ging am 18. Juli von Konstantinopel nach Braila in See. Es ist dies die größte Tabaksendung seit Kriegsausbruch.

Das beschlagnahmte Hochzeitsmahl. Aus Marburg (Steiermark) wird der „Grazer Tagespost" berichtet: Die Tochter des Gastwirts Tscharre feierte am 16. d. M. ihre Trauung mit einem Kaufmann. Als die Hochzeitsgäste zum Gasthause „Schwarzer Adler", dem Elternhause der Braut, zurückkamen, erfuhren sie, daß das reiche Hochzeitsmahl behördlich mit Beschlag belegt worden war. Man hatte auch die für die Mittaggäste bereiteten Speisen beschlagnahmt. Für dieses Hochzeitsmahl soll ein Mastschwein im Werte von fünftausend Kronen geschlachtet worden sein. Was mit den beschlagnahmten Speisen geschehen ist, ist nicht bekannt.

Ein weißer Rabe. Der Besitzer des Hauses Lechner Str. 16 im Wiener Bezirk Landstraße hat seinen Mietern erklärt, daß sie in Anbetracht der schlechten Zeiten am nächsten Ersten die Monatsmiete nicht zu bezahlen brauchen.

Jugendveranstaltungen.

Bezirk Süden. Morgen Freitag, den 26.: Bezirksbesprechung. Anfang 8 Uhr. Heimöffnung 7 Uhr. Um pünktliches Erscheinen der Genossen wird gebeten.

Arbeiterjugend Neukölln. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Berliner Straße 86/87: Diskutierabend.

Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Groß-Berlin. Morgen Freitag, den 26. Juli, abends 8½ Uhr, bei Schulz, Königsgraben Nr. 2: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Ausflug am 4. August zum Freibad Rahnsdorf. Uebung am 18. August in Treptow. Verschiedenes. — Montag, den 29.: Uebungsstunde. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Wasserstandsnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde,
mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		22. cm	23. cm	Wasserstand am		22. cm	23. cm
Memel	Tilsit	127	126	Saale	Grochlitz	51	55
Pregel	Insterburg	—37	—23	Havel	Spandau	30	30
Weichsel	Thorn	20	22	"	Rathenow	—10	—16
Oder	Ratibor	94	92	Spree	Spremberg	74	74
"	Krossen	78	78	"	Kersdorf	190	195
"	Frankfurt	90	86	Weser	Münden	108	114
Warthe	Schrimm	8	8	"	Minden	172	170
"	Landsberg	—7	—6	Rhein	Maximilian	—	—
Netze	Vordamm	—40	—20	"	Caub	214	—
Elbe	Leitmeritz	—52	—	"	Cöln	176	176
"	Dresden	—167	-173	Neckar	Heilbronn	32	—
"	Barby	78	71	Main	Hanau	89	91
"	Magdeburg	77	71	Mosel	Trier	—	—

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Ziemlich warm, im Nordosten überwiegend bewölkt, mit weitverbreiteten Regenfällen, in den anderen Gegenden zunächst vielfach heiter aber veränderlich, ohne erhebliche Niederschläge, später im Westen neue Zunahme der Bewölkung und strichweise Gewitterregen.

Täglich erscheint im „Vorwärts" der Stellennachweis. Unter vielen Angeboten **finden Sie** im „Vorwärts" mit seinem ausgedehnten Verbreitungbezirk

gutbezahlte Stellung.

Abonnementspreis monatlich 1,50 Mark frei ins Haus.

Name ____________

Beruf ____________

Wohnort ____________

Straße? ____________ Stock ______

Bei wem? ____________

bestellt ab 1. August den „Vorwärts" zum Preise von 1,50 M. per Monat frei ins Haus.

Diesen Zettel wolle man ausgefüllt an die Hauptexpedition, Berlin SW, Lindenstraße 3, senden.

Deutsches Theater. Letzte Woche allabendl. 8 U.: Max Pallenberg in Familie Schimek.
Kammerspiele. Allabendlich 7½ Uhr: Inkognito. (Operette.)
Volksbühne, Th. a. Bülowpl. Allabendlich 7½ Uhr: Ein Sommernachtstraum.
Theater des Westens Allabendlich 7½ Uhr: **Die Tänzerin.**
Theater i. d. Königgrätzerstr. 8 Uhr: Die Schwestern und der Fremde.
Komödienhaus 8 Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater 7½ U.: Blitzblaues Blut.
Theater der Friedrichstadt. Ecke Friedrich- u. Linienstr. Telephon: Norden 8650. Täglich 7½ Uhr: **Die erste Geige.** Sonnt. nachm. 3½, kleine Pr.: Jugend.
Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Sajdah. Deutsche Tänze. Kühler Aufenthalt. 7½ Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.
Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7—9. Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung: **Im Wolkenkratzer.** Große Possen-Revue in 5 Bildern. Dazu die großart. Spezialitäten
National-Theater ¾8: Mäuschen.
Palast ... mit dem Schwank Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½. Großer Lacherfolg! Gesamt-Gastspiel des Herrnfeld-Theaters **Die Kriegsgewinnler.** Hauptroll.: Dir. A. Herrnfeld, Ferd. Grünecker.
Trianon-Theater Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927. 2391. 8 U. Zum 328. Male: Der Lebensschüler. Kaiser-Titz, Bildt, Fliek. Sonnab. nachm. ¼4 U. kl. Pr.: Schneewittchen. Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Theater für Donnerstag, 25. Juli.
Central-Theater 7½ Uhr: Die Csardasfürstin.
Lustspielhaus 7½ Uhr: Die spanische Fliege
Deutsches Opernhaus 7½ U.: Die schöne Helena.
Neues Operettenhaus 7½ Uhr: Der Soldat der Marie.
Friedrich-Wilhelmst. Theater 7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Residenz-Theater 7½ Uhr: Flimmer-Klärchen.
Komische Oper 7½ U.: Schwarzwaldmädel. Sonnt. 3½ U.: Die Kinokönigin.
Schiller-Th. Charl. 7½ Uhr: Alt-Heidelberg.
Thalia-Theater 7½ Uhr: Unter der blühenden Linde
Kleines Theater 8 Uhr: Aristid und seine Fehler mit Bassermann.
Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr: Das alte Dreimäderlhaus
Metropol-Theater 7½ Uhr: Die Rose von Stambul.

Rennen zu Berlin-Grunewald
Donnerstag, 25. Juli 1918, nachmittags 2½ Uhr
8 Rennen i. Werte von 115000 M., darunter:
Steher-Ausgleich: 27 000 M.
Arc-Patrick-Rennen: 27 000 M.
Cajus-Ausgleich: 16 000 M.
Stadtbahn, Untergrundbahn bis Reichskanzlerplatz, Straßenbahn D und U bis Bahnhof Heerstraße, R und P bis Spandauer Bock.

Rose-Theater. 7½ U.: Die Prinzessin vom Nil. Gartenb.: Bitte recht freundlich!
Reichshallen-Theater. Gastspiel der Leipziger Seidel-Sänger. Anfang 7½. Ab 1. Aug. Stettiner Sänger. Reichshallen-Saal u. Garten Blüthgen-Konzert.
Der „HIAS" Täglich 7½ Uhr abends **Walhalla-Theater,** Weinbergsweg
SARRASANI Der Sonntags-Vorverkauf hat begonnen! Zirkuskasse u. Wertheim. **SARRASANI**

Bester Kohlen-Anzünder! Zündfix Chemische Fabrik Johann Dommermuth G. m. b. H. Berlin-Weißensee Rennbahnstr. 40. Telegramm-Adresse: Zündfix

Korken zu den jetzigen erhöhten gesetzlichen Höchstpreisen kauft Sperber, 296/19* Schbenider Str. 13. Nord. 4803. Jugel. Aufkäufer. Wird auch abgeholt.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies" Berlin E. G. m. b. H.
Geschäftsstelle: Bohnsdorf bei Grünau i. M.

Bureauzeit täglich außer Donnerstag von 9—11 Uhr vormittags, Donnerstag von 5—8 Uhr abends, Montag, abends von 5—7 Uhr, Manteuffelstr. 77 bei Schulze
Montag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

16. ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der Bilanz sowie Beschlußfassung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes.
3. Beschlußfassung über Bau von Kleinhäusern zum Eigenerwerb auf dem Gelände vom Waltersdorferweg bis Kleinbahn.
4. Neuwahlen: a) des Vorstandes, b) Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat.
5. Antrag Tittmann.
6. Verschiedenes.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind in unserer Geschäftsstelle in Bohnsdorf in den Geschäftsstunden von abends 5—8 Uhr einzusehen.

Der Vorstand. 104/16
G. Dorner. P. Schiffka. Fr. Hoppe.

Tod u. Teufel
Ueber 25 Jahre einzig bewährt!
Reichels Spezialmittel in unveränderter enormer Stärke wirken mit vernichtender Kraft.
Wanzen-Fluid „Radikal" Flasche M. 1.25, 2.25, 3.75 u. 5.50.
Schwaben-Puder „Martial" Pack M. 1.—, 2.—, 4.—, Pfund M. 8.—.
Motten-Pulver unvergänglich Pack 90 Pf., M. 1.75, 3.50, Pfund M. 7.—.
Durchgreifende Wirkung Jede Brut abtötend
Anerkennungen aus aller Welt.
Man nehme in Drogerien nur echte Reichel-Original-Packungen Marke Tod und Teufel und meide Ersatzmittel.
Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4751, 4753, 4758.
Lieferant f. Armee u. Marine, Königl. u. städt. Behörden.
Wirksamkeit wird nur verbürgt durch die Marke
Tod u. Teufel

Spezialarzt Dr. med. Keeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. kons. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik. Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Enthaarung! Gesichtshaare u. alle häßl. Körperhaare vernichtet sof. schmerzl. u. radikal „Depilator" durch Absterben d. Wurzeln allmählich und für immer. Gar. unschädl. M. 3.—, verst. 4.— und 6.— M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Für die Reise! Prima **Velourhüte** jetziger Vorverkauf billiger! **Lindeku,** C. Rosenthalerstr. 36. 2. Geschäft: Grunewaldstr. 56, Ecke Bayrischer Platz.

Sterbekasse ehem. Pflug'scher Arbeiter (Hetzelsche Kasse).
Sonntag, d. 28. Juli 1918, vormittags 9½ Uhr, im Logenrestaurant (Mengel), Kleine Auguststr. 14:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bestimmung der Publikationsorgane 1918—1919. 2666b*
Mitgliedsbuch legitimiert!
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Ernst Richter
Helmholtzstr. 13
am 20. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Luisenstädtischen Kirchhofes in Charlottenburg, Fürstenbrunner Weg, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet. 115/12

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Emil Schmidt
Invalidenstr. 131
am 15. Juli gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Joseph Pander
Charlottenburg, Gervinusstraße 18,
am 9. Juli gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Kesselschmied
Joseph Göbel
nach zweijährigem Krankheit im Alter von 70 Jahren sanft entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Ww. Luise Göbel geb. Meichert, Hussitenstraße 8. 2785b
Alfred Göbel als Sohn.
Amalie Göbel geb. Litz nebst Kindern.
Max Michaelis.
Frieda Michaelis geb. Göbel nebst Kindern.
Paul Winter, surz. i. F.
Alma Winter geb. Göbel nebst Kind.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 3½ Uhr, auf dem Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Alfred Munske
am 23. Juli plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Luther-Kirchhof zu Lankwitz statt. 99/7
Um rege Beteiligung ersucht Der Filialvorstand.

Wehmütige Erinnerung
zum 26. Geburtstage meines lieben Sohnes, des Minen-Bootsmannsmaats
Georg Rasemann
welcher am 18. Oktober 1917 vor Oesel (Ostsee) den Tod fand. Gleich seinem Bruder **Fritz,** welcher am 6. Mai 1917 im Westen den Tod fand, folgte er seiner am 12. November 1915 verstorbenen **Mutter** in die Ewigkeit. 2779b
In schmerzlicher Erinnerung gewidmet von seinem **Vater** und seinen Schwestern Martha u. Klara Rasemann.

Am Freitag, den 19. Juli, verstarb unser Mitglied
Karl Lechner
Glogauer Straße 32.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37/38 statt. 300/16
Friede seiner Asche!

Läuse-
Kopfläuse mit Brut (Nisse) beseitigt man am sichersten mit dem schnellwirkenden Radikalmittel „Läusefeind". Man meide daher Ersatzmittel und achte auf das Schutzwort „Läusefeind". Fl. 75 Pf. u. 1,50. Gegen Kleiderläuse Russol-Oel Fl. 1,50. Körperläuse Russolpuder M. 1,—. Wo nicht erhältlich Versand d. Otto Reichel Berlin 43 SO, Eisenbahn Strasse 4.
Feind

Der Hunderter.

Von Fritz Müller.

Ich habe einen sonderbaren Hunderter. Der will nicht aus meiner Kasse. So oft ich mich bemühe, ihn zu einem Extrazweck auszugeben, er knistert: Nein. Vielleicht kann ihm jemand helfen? Aber dazu muß ich seine Geschichte erzählen.

Der Hunderter gehörte früher meiner Tante. Und noch früher der Frida. Und noch früher, das weiß ich nicht. Niemand weiß, woher ein Hunderter kommt, niemand weiß, wohin er geht. Hunderter sind wie Schienensträngstücke in Untergrundbahnhöfen: Dunkel, kurzes Blitzen, wieder Dunkel. Das Blitzen meines Hunderters trug sich so zu: Die Frida diente bei meiner Tante; grundehrlich, stand in ihrem Dienstbuch. Aber das steht in vielen. Was in Dienstbüchern steht, ist nicht so wichtig. Wichtiger ist, was nicht darin steht. Nicht darin stand, daß sie von der stillen Art war. Kein Klappern, kein Geschrei, kaum ein Fragen. Und wenn man selber eben fragen wollte: „Frida, haben Sie . . .“ oder „Frida, ist schon . . .“, so war schon immer alles fertig. Leise schwangen ihre langen Arme an den breiten Hüften: „Und was jetzt?“ Mit diesem „Und was jetzt?“ ging sie durch das Leben.

Meine Tante wußte, was sie an ihr hatte. Aber einmal fehlte ein Hunderter. Die Tante hatte ihn in die Schreibtischschublade geschoben, als es klingelte. Dabei vergaß sie, den Schlüssel umzudrehen. Dann unterschrieb sie auf dem Gang den Einschreibbrief, während die Frida den Schreibtisch abstaubte. Erst am Abend erinnerte sich meine Tante an den nicht umgedrehten Schlüssel. Der Hunderter war verschwunden.

Drei Tage trug sie's mit sich 'rum. Das ist länger, als es eine Durchschnittshausfrau trägt. Dann ging's nicht mehr: „Frida, war sonst jemand in dem Zimmer, als Sie abstaubten?“ — „Nein, gnä Frau.“ — „Frida, aus diesem Kästchen ist ein Hunderter fortgekommen.“ — „Jawohl, gnä Frau“ Fridas Mund. — „Und was jetzt?“ Fridas Arme. — „Frida, haben Sie den Hunderter genommen?“ — „Nein, gnä Frau“ Fridas Mund. — „Und was jetzt?“ Fridas Arme. — „Nur gut, daß Sie's gestehen, Frida, geben Sie ihn her.“ — „Ich hab' ihn nicht, gnä Frau.“ — „Also ist er schon bei einem Helfershelfer?“

Fridas Arme hörten auf zu schwingen. Jetzt erst hatte sie begriffen. Sie weinte. „Gut, ich gebe Ihnen vierundzwanzig Stunden Zeit,“ sagte Tante.

Dann am nächsten Tage: „Nun, Frida?“ — „Ich hab ihn nicht, ich versteh's nicht.“ — „Wär mir leid, Frida, wenn ich nach der Polizei . . .“ Die Frida heulte nicht mehr. Der Hunderter war für sie erledigt. Nur ihre Arme schwangen: „Und was jetzt?“ „Für jetzt will ich's noch mal gut sein lassen, Frida. In acht Tagen ist die Osterbeichte. Was Sie mir nicht beichten, können Sie dem Pfarrer sagen.“

Im Beichtstuhl war die Frida fertig. „Und sonst?“ fragte der Pfarrer. Die Frida schwieg. „Und der Hunderter, Frida?“ redete ihr der Pfarrer gütlich zu. — „Sehen Sie, Frida, ich mein's gut mit Ihnen, es kommt sonst kein Friede mehr ins Haus, wenn Sie Ihr Gewissen nicht entlasten.“ — „Jawohl, Hochwürden.“ — „Nicht drängen darf ich Sie, Sie müssen selber . . .“

Die Frida war zum zweitenmal im Beichtstuhl fertig und wollte sich erheben. „Wie ist es, Frida, wollen Sie mir nicht den Auftrag geben, daß es Ihnen Ihre Frau nach und nach am Lohn abzieht?“ Durch das Gitter glaubte er ein Nicken zu erkennen. Aber es waren nur Fridas Arme: „Und was jetzt?“ „Und jetzt gehen Sie ruhig nach Hause. Ich will mich auch persönlich noch für Sie verwenden, daß Sie nicht entlassen werden.“

Sie wurde nicht entlassen. Jeden Monat zog ihr die Tante zwei Mark am Lohn ab. Und fünfzig Monde sind in vier Jahren glatt vorüber. Vier Jahre aber sind nicht allzu lang, wenn man mit schlenkernden Armen dient: „Und was jetzt?“

Dann starb die Tante. Ich war ihr Erbe. Kurz vor ihrem Ende hat sie mir die Geschichte von Fridas Hunderter vertraut. Wenn sie's nicht getan hätte, ich glaube, wir hätten Frieda gebeten, bei uns in Dienst zu treten, sie war gar so tüchtig. Aber so . . . So war's schon besser, daß sie die Arme wo anders schlenkerte, wo sie es nicht wußten.

Jahre kamen, Jahre gingen, Arme schlenkerten, wurden müd, und neue Arme traten an die Stelle, junge Arme, junge Hände. Solche Hände meines jüngsten Söhnchens spielten einmal an einer Schreibtischschublade. Es ging schwer, er zog und zog . . . „Jetzt hab ich's endlich, Vater,“ kam er angerannt; „schau, das da war dazwischen.“ Er hielt einen zerknitterten Hunderter in der Hand.

Was bin ich gelaufen, was hab ich geschrieben — ich hab sie nicht mehr aufgefunden, die Frida. Vielleicht ist sie tot. Vielleicht schlenkert sie in einem fernen Dienst die langen Arme: „Und was jetzt?“

Jetzt? Ja, jetzt liegt der Hunderter in meiner Kasse. Es ist ein sonderbarer Hunderter. Er will nicht hinaus. So oft ich mich bemühe, ihn zu einem Extrazweck hinauszugeben, und wäre es der beste — mein Hunderter knistert: Nein. Vielleicht kann ihm jemand helfen?

Vom neuen Korn.

Die Ernte ist im Gange. An vielen Orten steht das geschnittene Getreide schon in Hocken auf dem Felde, bald wird es gedroschen und dann wandert das neue Korn in die Mühle. Das neue Korn — der Städter denkt dabei an eine tote Handelsware; es ist aber etwas Lebendes, das neue Korn, und sein Leben, so unscheinbar es auch verläuft, ist von erheblicher Bedeutung für Lagerung, Verwendung und Haltbarkeit der neuen Ernte. In seinem gehaltvollen, soeben im Verlage von Theodor Steinkopff (Dresden und Leipzig) erschienenen Buche „Unser täglich Brot im Krieg und Frieden“ widmet Prof. F. Hähnpe diesem Gegenstande einen gegenwärtig besonders anziehenden Abschnitt.

Warum wird das geschnittene Korn nicht sogleich gedroschen? Sind doch sogar Frühdruschprämien ausgesetzt! Der Grund dafür liegt in dem Wassergehalt des Korns: das Getreide soll in der Aehre seinen günstigsten Trockenheitsgrad erreichen. Nun hat die lebende Pflanze einen Wassergehalt zwischen 72 und 75 Prozent, das milchreife Korn von 50 Proz., das gelbe, schnittreife Korn von 30 Proz., das ausgedroschene Korn bei Frühdrusch etwa 20 Proz., das wirklich fertige Korn im Durchschnitt etwa 15 Proz. Beim geschnittenen Korn findet eine Nachreifung statt, die sich vor allem im Austrocknen äußert, und dieser Vorgang der Nachreifung setzt sich in den Lagerräumen fort, ja auch durch das Mahlen wird das Korn nicht etwa abgetötet: auch das Mehl lebt noch, und die Veratmung oder Selbstverbrennung setzt sich noch fort. Nachreifung beruht auf enzymatischen Vorgängen, die auf Eiweiß, Fett und Kohlehydrate einwirken, daß dadurch erst die volle Backfähigkeit erreicht wird. Diese Enzyme, Katalasen und Oxydasen werden in dem Keim und den Randschichten der Kleie aus deren Eiweißstoffen und Salzen gebildet. Von den lebenden Zellen einmal gebildet, sind sie dann von diesen Zellen trennbar und gelangen als Protoplasmasplitter oder Teilchen davon auch in das Mehl, in dem sie nach dem Vermahlen des Korns dann dieselben Vorgänge weiterführen können. Uebrigens scheint es für die Feinheit dieser Teilchen eine oft schon überschrittene Grenze zu geben, da das feinste weiße und staubförmige Kernmehl im Sinne der Backtechnik „totgemahlen“ und weniger brauchbar, fast nur für die feinsten Konditorwaren geeignet ist.

Das Getreidekorn ist kein Samenkorn, sondern eine Schließfrucht; um den eigentlichen Samen herum liegt die verholzte Fruchtschale; der Same besteht aus dem Keime und dem Mehlkörper; der Keim wächst auf Kosten von Reservestoffen zunächst bis zur Bildung von Wurzeln und Keimblättern, und die Reservestoffe finden sich in dem Mehlkörper, der von der Samenschale umgeben ist. Unter der Samenschale findet sich zunächst die Schicht der Aleuron oder Kleberzellen, weiter innen liegt der Kern, der aus Stärkezellen besteht. Mechanischen Eingriffen gegenüber verhalten sich diese Bestandteile ganz verschieden, und darauf beruht die Möglichkeit ihrer Trennung in der Mühle. Die Keime sondert man wegen ihres hohen Fettgehaltes jetzt ab. Man kann die Fruchtschale als Schälkleie abtrennen, bei schärferer Schälung kann man außer dieser Schälkleie auch die Mahlkleie entfernen, so daß vom Korn die Samenschale, meistens wohl aber auch die Aleuronschicht mehr oder weniger entfernt wird. Die Bestandteile der Fruchtschale sind für die menschliche Ernährung ungeeignet, ebenso die der Samenschale. Die Bestandteile der Aleuronschicht dagegen sind eiweiß- und fettreich, und ihre Verwertbarkeit für den Menschen hängt davon ab, wie weit sie durch Zertrümmerung, Aufschließung oder Auflösung zugänglich gemacht werden können.

Die Selbstverbrennung ist verhältnismäßig leicht nachzuweisen; ihr Endergebnis ist unter anderem Kohlensäure, und je wasserhaltiger das Getreide ist, desto mehr Kohlensäure wird entwickelt. Nach Kolthoff bilden sich innerhalb 24 Stunden aus einem Kilogramm Getreide bei 18 Grad 0,85 Milligramm Kohlensäure, falls der Wassergehalt 11 Prozent beträgt. Innerhalb der Grenzen des normalen und guten Wassergehalts des Getreides von 11 bis 15 Prozent steigert sich die Veratmung auf das Vierfache, so daß 1,40 Milligramm Kohlensäure entstehen. Mit steigendem Wassergehalte nimmt aber die Selbstveratmung und die Kohlensäurebildung gewaltig zu: bei 19,6 Proz. Wassergehalt bilden sich bereits 122,00 Milligramm Kohlensäure, bei 30 Proz.: 2000,00 Milligramm. Die Kohlensäurebildung verläuft auf Kosten des Zuckers; unter anderm bildet sich auch Wasser, und infolge der Selbstverbrennung steigt die Wärme. Selbst bei Trockenhaltung und Luftabschluß entsteht Feuchtigkeit, so daß die Bedingungen zur weiteren Zersetzung gegeben sind. Ist das Korn richtig trocken, so werden sich die Umsetzungen in mäßigen Grenzen halten und das Getreide kann sich lange halten, bis zur nächsten Ernte, ja jahrelang, wenn es richtig behandelt, rechtzeitig gelüftet und umgearbeitet wird. Mehl dagegen, dessen Schutz durch Aufarbeiten und Umlagern sehr schwer ist, hält sich wegen der Lebensvorgänge viel schlechter als unvermahlenes Korn.

Wie die Sicherheit des Fliegens zugenommen hat.

In den ersten Jahren, wo Flugzeuge verwandt wurden, waren tödliche Unfälle keine Seltenheit. Heute sind täglich Hunderte von Fliegern stundenlang in der Luft, und ein Absturz, der nicht durch kriegerische Einwirkung hervorgerufen ist, ist eine seltene Ausnahme geworden. Die Sicherheit des Fliegens hat in geradezu erstaunlichem Maße zugenommen, was ein Schwede, Hauptmann Dahlbeck, jetzt zahlenmäßig zu belegen sucht. Er verwendet dabei Zählungen aus englischen, französischen, amerikanischen, schwedischen und zum Teil auch deutschen Quellen. Im Jahre 1908 war das Fliegen noch sehr gefährlich, denn auf rund 2000 Flugkilometer kam ein Todesfall eines Fliegers. Die Anzahl der Flugkilometer, die jeweils einem tödlichen Unfalle entsprachen, stieg dann außerordentlich rasch an; im Jahre 1909 hatte sie sich verneunfacht und betrug 18 000, dann stieg sie auf 42 000, wuchs dann auf 50 000 im Jahre 1911 an und stieg bis 1912 auf mehr als das Dreieinhalbfache, 176 000. Von 1908 bis 1912, also binnen fünf Jahren, hatte sich nach diesen Zahlen die Sicherheit des Fliegens auf das Achtundachtzigfache gesteigert.

Wie die Dinge sich während des Krieges entwickelt haben, läßt sich deswegen nicht genau angeben, weil nur einige amtliche Zahlen zugängig sind. Nach einer Mitteilung der amerikanischen Regierung sind vom 1. Januar bis 28. Dezember 1916 von 73 Flugzeugen 402 000 Kilometer zurückgelegt worden, ohne daß sich überhaupt ein tödlicher Unfall ereignet hätte, und nach Angaben des Engländers Anderson über die Tätigkeit einer Fliegerschule sind binnen sechs Monaten 9000 Flüge von zusammen 4000 Stunden ausgeführt worden, während derer sich ein einziger tödlicher Unfall ereignet hat. Rechnet man mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit der Flugzeuge von 100 Kilometern stündlich, so wäre erst auf 400 000 Kilometer ein tödlicher Unfall gekommen, doch stellt diese Zahl die Verhältnisse noch zu ungünstig dar, weil sie sich ja allein auf Flugschüler bezieht. Jedenfalls ist sie mehr als doppelt so groß, wie die entsprechende Zahl des Jahres 1912. Lehrreich ist ein Vergleich, den Dahlbeck zwischen der Sicherheit des Fliegens und der des Eisenbahnfahrens zieht: im Jahrfünft 1911/15 verunglückten von den Angestellten der schwedischen Eisenbahnen je 0,85 auf eine Million zurückgelegte Fahrkilometer; im Jahre 1915 allein betrug die Zahl 1,18. Für die schwedischen Flieger betrug die entsprechende Zahl im Jahre 1916: 2,48, das hieße, daß das Fliegen noch nicht doppelt so gefährlich ist, wie das berufliche Eisenbahnfahren.

Notizen.

— **Ein Naturdenkmal als Heldenhain.** Einen vorbildlichen Beschluß hat die Gemeinde Hohenkarzig, Kreis Friedeberg Nm., gefaßt. Sie hat ein zwar kleines, aber wegen seiner landschaftlichen Schönheit und Eigenartigkeit als Naturdenkmal anzusprechendes Gebiet als Heldenhain und damit für unantastbar erklärt.

— **Zucker aus altem Papier!** Unsere Chemiker machen alles. Sie können den Uebergang von Zellstoff oder Stärke in Zucker in der Fabrik erzwingen. Jetzt soll es ihnen geglückt sein, den Zellstoff in Zucker überzuführen, der soweit gereinigt ist, daß er als Viehfutter dienen kann. Prof. Dr. Lassar-Cohn meint: „Alte Akten können damit zu Viehfutterlieferanten und wertlose Bücher zu Lebensspendern werden.“

— **Eine Flugkunstprofessur.** Ein Lehrstuhl für Flugkunst soll an der Londoner Technischen Hochschule errichtet werden. Die Summe von 500 000 M. ist zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt. Derselbe Stifter hat bereits früher Lehrstühle für Flugkunst an den Universitäten von Paris und Petersburg begründet.

Lodz.

45] **Das gelobte Land.**

Roman von W. St. Reymont.

„Du hast recht! Was soll man da weiter reden. Entschuldige, daß ich dich gelangweilt habe.“

„Du bist mir bös?“ rief Borowiecki, durch den Ton seiner Stimme berührt.

„Nein. Du hast die Sache so klar hingestellt, daß ich deine abschlägige Antwort verstehe. Sie kann mir wohl weh tun, das ist eine Sache für sich, ich verstehe sie aber gut.“

Er erhob sich, um wegzugehen.

„Willst du dich nicht vergleichen?“

„Nein, eine Pleite mach' ich nicht, ich kann nur anständig Bankrott machen.“

„Es würden sich noch andere Mittel finden, um dich zu retten.“

„Nenne sie, ich werde sie mit Vergnügen ergreifen.“

„Bist du fest versichert?“

„Ziemlich, weil ich mich erst im Herbst neu versichert habe, nach dieser mißglückten Brandstiftung.“

„Schade, daß du damals nicht abgebrannt bist. Jener Arbeiter, der es aus Rache getan hat, hätte dir wirklich einen großen Dienst erwiesen.“

„Sprichst du ernst?“

„Ganz ernst, wie ich dich ganz ernst darauf aufmerksam mache, daß in diesem Moment Großmann brennt, daß nachts Goldstand abgebrannt ist, morgen sicher Felusch Fischbein abbrennen wird, A. Richter, B. Fuchs und andere. Was sagst du dazu?“

„Daß ich kein Brandstifter und Dieb bin und es nie sein werde.“

„Ich berede dich doch nicht dazu, ich weise dich nur auf die Konkurrenten hin und ihre Mittel, sich an der Oberfläche zu halten; mit diesen kommst du nicht mit.“

„Ha, dann geh' ich eben unter. Wenn ich keine Kraft mehr zum Kämpfen haben werde, dann jage ich mir eine Kugel durch den Kopf.“

„Und deine Frau!“ warf Borowiecki rasch hin, als er in seinen Augen einen stählernen Schein der Resignation erblickte.

Trawinski zuckte zusammen.

„Da, ich hab' einen Gedanken. Kennst du den alten Baum?“

„Wir sind Nachbarn, wir verkehren miteinander.“

„Geh hin zu ihm, sag' es ihm ganz offen. Das ist so ein eigentümlicher Fabrikant, daß er dir sicher hilft. Ich wette meinen Kopf, daß er dir helfen wird, da er dich doch kennt.“

„In der Tat, eine gute Idee; übrigens, was verliere ich, wenn er es mir abschlägt!“

„Freilich nichts, und es verlohnt sich, den Versuch zu machen. Er ist ganz einzigartig unter den Lodzer Fabrikanten! Ein Mann, der Millionen hätte haben können und sich nach ihnen nicht bücken wollte, ein Mann, der Hunderttausende von Rubeln für andere gezahlt hat, Feind der großen Industrie, routiniert, ein Snob oder ein ganz Pfiffiger, in Wirklichkeit wohl bloß verrückt und ein alter Ueberrest aus den Zeiten der Handfabrikation.“

Sie verabschiedeten sich schweigend.

Karl verspürte beim Abschied eine gewisse Kühle in Trawinski. Mit einem eigentümlichen Mitleidsgefühl schaute er ihm durchs Fenster nach.

„Ein unbeholfener Krüppel, ein adliger Ueberrest,“ dachte er fast laut, um den stillen Vorwurf in sich zu verdrängen, der in ihm aufstieg und rasch wuchs.

Er wollte ihm nicht helfen und entschuldigte sich vollkommen vor sich selbst. Trotzdem war er mit sich nicht zufrieden. Immer hatte er den hellen, schönen Kopf vor Augen, der den Stempel ewigen Kummers und ewiger Unruhe wie ein Brandmal trug. Er fühlte, daß er ihm das Geld hätte leihen sollen, daß er dabei nichts verloren, Trawinski aber einen großen Dienst erwiesen hätte. Und das nagte an ihm immer mehr.

„Was geht es mich an, daß einer mehr vom Teufel geholt wird,“ dachte er, die Tuchscherereiwerkstätten durchlaufend, in der Haufen Weißwaren bis zur Decke aufgestapelt waren, die zwischen zwei Schneiden der Maschinen geschoben wurden. Mit mathematischer Genauigkeit schnitten diese an beiden Seiten der Stoffe den Baumwollenflaum, der beim Weben entstand, dicht an der Faser ab.

Mehrere Frauen arbeiteten in diesem weißen, kühlen und fast stillen Saal. Eine fast unsichtbare Wolke von Baumwollstaub erfüllte ihn, der bei dem Scheren der Stoffe entstand, über den Scherereiwerkstätten hing, mit weißer Hülle Menschen und Maschinen bedeckte und als grauer, dichter Flaum auf den Transmissionen zitterte, die die Maschinen drehten und sich in der Decke verloren.

Borowiecki schaute sich im Saale bloß um und ging zum Aufzug, um herunterzufahren; da erklang ein kurzes, furchtbares Aufbrüllen.

Eines der Räder, die die Maschinen in Bewegung setzen, hatte einen unvorsichtig vorgebeugten Arbeiter an der Jacke erfaßt, mitgezogen, auf die Maschine geworfen, herumgedreht, zerquetscht, zermalmt und als breiige Masse herausgeworfen, ohne auch nur für einen Augenblick den Gang zu unterbrechen. Das Blut spritzte bis zur Decke und übergoß die Maschine und einen Teil der danebenliegenden Ware und die am nächsten stehenden Arbeiterinnen mit einem roten Strom.

Ein furchtbarer Schrei erscholl, die Maschine wurde angehalten, aber es war schon zu spät; eine blutige Masse hing von der Achse des Rades und von verschiedenen Teilen der Maschine herab und fiel, noch zuckend, schwer zu Boden.

Rettung war nicht mehr möglich, der Arbeiter war völlig zermalt. Er lag wie ein Haufen Fleisch, ein blutiger Fleck auf den weißen, rohen Perkalen.

Leises Weinen der Frauen erhob sich, einige ältere knieten bei der Leiche nieder und begannen laut die Sterbelitanei zu beten, die Arbeiter zogen die Mützen ab, einzelne bekreuzten sich andächtig, und alle drängten sich in einem Kreis um den Getöteten. Keine Trauer leuchtete in den Augen, bloß eine wilde, ernste Apathie.

Der Saal verstummte. In der Stille erklang bloß das Weinen der Frauen und das Gepolter der Nachbarsäle, die ohne Unterbrechung weiterarbeiteten.

Als der diensthabende Feldscher erschien, ging Borowiecki.

Auch der erste Meister der Abteilung kam angelaufen und schrie, als er den untätigen Saal und die um die Leiche zusammengedrängten Menschen erblickte, schon von der Tür aus:

„An die Maschinen!“

Alle flogen auseinander, wie die vom Habicht verscheuchten Vögel, und bald arbeitete der Saal wieder, alle Maschinen waren im Gang, außer der einen, die bei dem Mord sich mit Blut befleckt hatte. Man begann sie sofort zu reinigen.

„Verflucht! So viel Stoff kaput!“ fluchte der Meister beim Anblick des blutbefleckten Perkals, schimpfte auf die Arbeiter, wegen der Unvorsichtigkeit, und drohte, daß er allen im Saal für diesen Stoff vom Lohn abziehen werde.

Borowiecki hörte ihn nicht mehr. Blitzartig versank der Aufzug mit ihm und warf ihn in der Färberei heraus.

Der Vorfall hatte auf ihn keinen Eindruck gemacht, er war daran gewöhnt. (Forts. folgt.)

Spezialarzt
Dr. med. Reinhardt,
Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowst. ½12-2, 6-½10
Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen. Modernste, erfolgreichst. Heilverfahren. Teilz. Siehe 18 Seit. stark. Brosch. 0,60 M., nach außerhalb verschlossen 1 M

Lungen- und Halskranke. Verlangen Sie kostenfrei belehrende Broschüre über Heilmethode ohne Berufsstörung. Ärztl. Heilanstalt Sanavita, patent. Sanitätsrat Dr. Weise's Ambul. Berlin 117, Potsdamer Str. 123b II.

Zähne m. echt. Friedenskautschuk 8,50 M.
5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Gaumenpl. **Zahnpraxis Hatvani,** Danziger Straße 1 Ecke Schönh. Allee.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
geh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderp. Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preis. Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz über uns. tausendf. bewährten, patentamtl. geschütz. Hörtrommeln. Bequem u. unsichtb. z. tragen. Ärztl. empfohlen. Größte Glänzende Anerkennungen. *
Sanis Versand München 1126.

Tätowierung
entfernt C. Weissert, Invalidenstr. 147, I. Sprechst.: 11—12 und 4—8. Mittwochs geschlossen. Auskunft kostenlos. 183A

Erfinder
Patent-, Gebrauchsmstr.-Anmeldung, Verwertung. Patentbüro, Berlin C, Königstr. 64. Str. 7600.

Verkäufe

Schule des Werkzeugmachers von Fritz Schön sowie andere technische Bücher empfiehlt Vorwärts-Sortiments-Buchhandlung, Lindenstraße 3 (Laden). 6,35 Mark. *

Gebrauchte Nähmaschine zu verkaufen. Stenk, Müllerstraße 156a. 85/2

Skunksstolas, Mussen, Marder, Nerz, Alaska-, Blau- und Kreuzfüchse, Herren-Gehpelze, Wagen-, Reisepelze, jetzt sehr billig. — Damenkostüme, Herren-Garderobe in großer Auswahl. Ferner in Lombard gewesene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen, Schmucksachen aller Art, bekannt billig. Beleihung jeder Wertsache im Leihhaus, Moritzplatz 58a. K150/1*

Holzräder aller Größen, Leiterhandwagen. Schmidstraße 43, Schlosserei. 2770b*

Nutzhühnerzucht. Ein Buch für Anfänger. Mit zahlreichen Illustrationen. 1 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weidlich, Brunnenstraße 96. 1072*

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Köpenickerstraße 71. 121K*

Universal-Briefsteller 4,— Mark, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenvaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101K*

Leiterhandwagen, Kastenwagen, extrastabil, dauerhaft, Auswahl, Holzräder. Landsbergerstraße 19, Schmiede. 52K*

Forel, Prof. A., Die sexuelle Frage. Volksausgabe 5,00 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden. *

Abessinier, Ersatzteile und Zubehör. Köchlin, Alte Jakobstraße 20/22. 184K*

Elegante Kostüme, Damenmäntel, Damenmuster, Damenröcke, Blusen, Herrenanzüge, Burschenanzüge, Winterpaletots, Ulster, Pelzsachen. Löwenthal, Neukölln, Berlinerstr. 41. 12K*

Klappsportwagen, Kinderwagen. Tiet, Voltastr. 49, II. 40K*

Pelzgarnituren! Riesenauswahl! Allerbilligst! Hochelegante moderne Fuchskragen! Alaskafüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Kitfüchse! Skunkskragen! Jltisgarnituren! Muffen! Silbertaschen! Uhrenverkauf! Leihhaus! Warschauerstraße 7. K169/18*

Nähmaschinen! Singerbobbin, Adler, Schnellnäher, kleine, große, wie neu, billig. Reparaturen prompt. Kastory, Kottbuserdamm 6, vorn hochparterre. 63K*

Geschäftsverkäufe

Eckrestaurant sofort krankheitshalber verkäuflich. Reichert, Malmöer Straße 22. K1293*

Obst-, Gemüse-, Kohlengeschäft krankheitshalber zu verkaufen. Neukölln, Fontanestraße 17. †199

Möbel

100! entzückende Küchen in allen Farben und Holzarten, reizende Anrichteküche, siebenteilig, nur 525,—. Besichtigung lohnt! Möbelhaus Osten, nur Andreasstr. 30. K110/19

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen! Riesenauswahl in nußbaum und eichenen Wohnzimmern, Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Anhebetten. 9 Etagen! Besichtigung erbeten. 9—12, 3—7. Musterbuch wird nicht versandt. 2372*

Stuben- und Kücheneinrichtung sehr billig. Möbelschatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße. 245/4*

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts. Sonntags 8—10 geöffnet. 166K*

Bettstellen, englische Patentmatratzen, Auflagematratzen, Chaiselongues, Trumeaus, Flurgarderoben, alles nagelneu. Walter, Stargarderstraße 18. K258/15*

Möbel-Einrichtungen, Ein- und Zweizimmer, Küchen. Größte Auswahl, konkurrenzlos preiswert. Langjährige schriftliche Garantie. Auch Ratentilgung. Tischlermeister Nejewske, Badstraße 66. 84/16

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Juwelidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark. 1422K*

Möbelgeschäft. 38 Jahre bestehend, verkauft jetzt Belle-Alliancestraße 14a noch zu billigen Preisen, solange Vorrat reicht, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderne Küchen. Speisezimmer, Eiche, 1350,—, Schlafzimmer 950,—, Küchen 380,—, einzelne Aufkleideschränke, Ruhebetten, Bettstellen, Tische, Trumeaus, Teppiche, Kronen spottbillig, verliehen gewesene, zurückgesetzte Möbel bedeutend unterm Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung. 363*

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 1368K*

Ihr eigener Vorteil ist die Besichtigung meiner Riesenlager. Entzückendes Schlaf-, schwergeschnitztes Herren- und gediegenes Speisezimmer. Möbelhaus M. Hirschowitz, SO., Skalitzerstraße 25. Hochbahn Kottbuser Tor. 1465K*

Musikinstrumente

Pianos auf Teilzahlung und zur Miete. Pianohandlung, Gübenstraße 10a. 51K*

Klavier 475,—, elegantes, schwarzes Piano 1150,—, Konzertpiano 1300,00 verkauft Ernst, Oranienstraße 166, III. K122/7*

Harmonium, neu, gebraucht, Harmoniumspielapparat 85,— verkauft Ernst, Oranienstraße 166, III. K122/4*

Gitarrezithern mit Unterlegnoten, ohne Notenkenntnisse sofort spielbar, Wandergitarre, Konzertlaute, Wandermandoline 35,—, erstklassige 85,—, Unterricht 6,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Künstlervioline mit Etuis 85,—, Schülergeige 45,—. Ernst, Oranienstraße 166, III. K122/2*

Geige, komplett, verkauft Orlamund, Badstr. 12, Hof II. 2784b

Mandoline 25, Violine 20, Marocke, Prenzlauer Allee 88. 84/18

Fahrräder

Herrenfahrrad, äußerst stabil, gut erhalten, neue Patentreifen, 50,—. Schrader, Weberstraße 42. †189*

Fahrrad, Herrenrad 50,—, Damenrad 75,—, auch Freilaufräder. Kraus, Andreasstraße 22, I. 84/15

Kaufgesuche

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 117/3*

Fahrradankauf. Schwandtke, Linienstraße 19. 72/8*

Flügel oder Piano sucht Ernst, Oranienstraße 166, III. Preisangabe erwünscht. K122/3*

Rote Gummiringe, jede Größe, jeden Posten, kauft gegen Kassa Fr. Neumann-Magdeburg-Fermersleben, Friedrichsruherstr. 3. 2757b*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Werkzeuge für Mechaniker, Schlosser, auch Werkstatteinrichtung kauft Rösner, Schleiermacherstraße 8. 2769b*

Lacke bis 18,00, Bleiweiß sowie sämtliche Malerartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. (Rollendorf 2379.) *

Wachswalzen und Abfälle kauft jedes Quantum zu gesetzlichen Höchstpreisen. Rachenstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. 161K

Hartgummiabfälle kauft jeden Posten zu gesetzlichen Höchstpreisen. Rachenstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 3a. 161K

Windscheidstraße 3a, Charlottenburg, kauft mit Genehmigung jedes Quantum gebrauchte und neue Weinkorke, Sektkorke, Korkabfälle zu gesetzlichen Höchstpreisen. 161K

Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Tisch-, Bett- und Diwandecken sowie Möbel aller Art kauft höchstzahlend Schönborn, Ackerstraße 169/170, Norden 10896. 246/20*

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Klavier oder Flügel kauft Kleinfeld, Stralauerstraße 28. (Preisangabe.) K122/5*

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Tanzschule Friedrich, Michaelkirchstraße 39. Täglich Anfängerkurse. Schülerkurse. Kinderkurse. 199*

Kaufmännische Privatschule von Hugo Strahlendorff, Beuthstraße 11, am Spittelmarkt. Lehrpläne unentgeltlich. Unterricht in allen kaufmännischen Fächern sowie in Kurzschrift (Stolze-Schrey), Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch, Französisch. Anmeldungen jederzeit. 122*

Mandolinenspiel, Gitarren-, Lautenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung, 6,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Lehrinstrumente billigst, Klavier-, Violinschnellkurse. Ernst, Oranienstraße 166, III. K122/6*

Verschiedenes

Dauerwäsche verkleinert und repariert Born, Reichenbergerstraße 7. 79/17*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 68K*

Darlehn, 6 Prozent Teilrückzahlung, auf Hypothekenbriefe 5 Prozent, gibt Bankverein, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 163. 40K*

Vermietungen

Schlafstellen

Schlafstellen können kostenlos angemeldet und nachgewiesen werden im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Schlafstellennachweis, Rückerstraße 9. Norden 3795. (8—3.) 247/20

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Herren- und Damenarbeiter verlangen Wenzel u. Sicker, Mohrenstraße 25. 2755b

Elektromonteure erhalten sofort Anstellung. Meldungen von 9—11 und 5—7 Uhr Boßstraße 8, Technisches Bureau. A. Wertheim. K114/1*

Packer für Eisenwaren-Großhandlung per sofort gesucht. Otto Haan, Neanderstraße 11. 85/3

Hausdiener für Eisenwaren-Großhandlung per sofort gesucht. Otto Haan, Neanderstraße 11. 85/6

Korbmacher auf M. K. 98 sucht sofort Gustav Kühne, Köpenickerstraße 98b. 2783b

Jüngeren kräftigen Laufburschen verlangt Wilhelm Guttsmann, Dresdenerstr. 75. 85/1

Tüchtige Kostümjacken- und Rockarbeiterin verlangt Ehrlich, Meyer Straße 30, I. K1297

Junge Mädchen über 16 Jahre werden für alle Abteilungen für leichte, dauernde Beschäftigung gesucht. Zigarettenfabrik Garbáty, Pankow, Hadlichstraße. K1289*

Arbeiterinnen sucht Essenzenfabrik Otto Reichel, Eisenbahnstraße 4. Meldungen 1. Quergebäude IV. K153/10

Anlegerinnen und Bogenfängerinnen für Steindruckerei gesucht. Pharus-Verlag, Lindenstraße 3. 2778b

Beleuchterinnen sucht sofort Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. Meldungen im Maschinenhaus. K146/13

Korsettnähterinnen für einfache und elegantere Korsetts werden sofort gesucht. Arnold Obersky, Berlin, Potsdamer Straße 75e. K1291

Zeitungsausträgerinnen, Tour: Rosinenstraße, Kaminerstraße, gesucht. „Vorwärts"-Spedition, Charlottenburg, Sesenheimerstraße 1. *

Tüchtige Kesselschmiede
für auswärtige Montagen sucht 2761b*
Gustav Voges, Kesselschmiedemstr., Berlin-Borsigwalde.
Bewerbungen schriftlich.

Geldschrankschlosser
stelle sofort ein. 65Q
S. J. Arnheim,
Berlin N 20, Badstraße 40.

Gelernte Schlosser
Klempner, Dreher
stellen sofort ein. 88/2*
Zeppelin-Werke G. m. b. H.
Staaken b. Spandau.

1 Präzisionsrund- und Flächenschleifer
für Stempel und Matrizen rc.,
1 Montageschlosser für Präzisionsmaschinenbau,
1 Dreher für größere Dreharbeiten
für sofort gesucht.
Nur Bewerber mit langjährigen Zeugnissen.
Maschinenfabrik Berlin-Lichtenberg,
L65* Herzbergstr. 102/4.

Eisen- und Metalldreher,
der mit allen vorkommenden Arbeiten Bescheid weiß, sofort für dauernde Arbeit gesucht. Es kommen nur militärfreie Bewerber oder solche, die g. v. Heimat oder a. v. Heimat sind, in Betracht.
Aktien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation,
L65* Techn. Bureau, Lehmühlenstr. 67.

Tüchtige
Schlosser, Werkzeugmacher und Monteure
für Maschinen-Waffenbau sofort gesucht. 84/20
Vorwerk & Co., Barmen,
Abt. Waffenfabrik.

Rohrleger und Helfer
verlangt 2781b
Becker, Heidestr. 48.

Inseratensetzer
werden in dauernde Stellung sofort verlangt. L65*
Druckerei Oskar Müller & Co., Köpenicker Str. 22.

Transport-Arbeiter,
nicht unt. 16 Jahren (Ausländer ausgeschlossen), sucht Klee, Stralauer Allee 22. 65Q

Fertigmacher
für Steindruckerei suchen sofort für Dauerstellung 85/5
Wilhelm Bernhard & Co., Gerichtstr. 22.

Kutscher,
militärfrei, sofort verlangt
Berliner Milchkur-Anstalt, Friedrich-Wilhelm-Str. 3.

Erdarbeiter
für auswärtige Heeresbauarbeiten sucht sofort
Bauunternehmung Leonhard Moll, München-Berlin.
Anmeldungen Berlin O, Rüdersdorfer Str. 30, beim Schlesischen Bahnhof. 10 bis 12 und 4 bis 6. 2150b*

Arbeiter- und **Arbeiterinnen** 265*
sucht
Neue Photographische Gesellschaft Aktiengesellsch., Berlin-Steglitz, Siemensstr. 27.

Laufbursche für Bureau
zu sofortigem Eintritt gesucht.
Turbon Ventilatoren Gesellsch.
Badstr. 59. L65

Schlosser,
Rohrleger,
Einrichter,
Preßwerksarbeiter,
Preßwerksarbeiterinnen
Putzer,
Putzerinnen,
Kernmacher,
Kernmacherinnen,
Gießereiarbeiter,
Heizer,
Maschinisten,
Maurer L64*
sucht
Stahlwerk Bothe,
Berlin-Weißensee,
am Industrie-Bahnhof.

Polierer
auf Holzleisten 85/4
Hans Gost & Comp., Alexandrinenstr. 105/06.

Farbigmacher und Farbigmacherinnen
Hans Gost & Comp., Alexandrinenstr. 105/06.

Tüchtige Beschläger(in)
welche schon in der Stock- oder Schirmbranche gearbeitet haben, werden bevorzugt. 65Q
E. u. K. Neblich, Stockfabrik, Ritterstr. 75.

Geübte Arbeiterinnen für chem. Fabrik und **Arbeitshursche** gesucht.
Sando Co., Bülowstr. 93.

Autogen-Schweißerin
tüchtige, sofort verlangt.
Deutsche Total-Ges. m. b. H., Charlottenburg, Guerickestr. 21

Flotte Kleiderarbeiterinnen,
in und außer dem Hause, für guten Genre, für dauernde Beschäftigung gesucht. 2768b*
Leo Finkelstein, Schützenstr. 13. Blusen, Kleider en gros.

Postkartensortiererinnen
(Bromsilber) sofort gesucht.
Georg Gerlach u. Co., A.-G., Chausseestraße 42.

Polererin
auf Holzleisten, auch zum Anlernen 85/7
Hans Gost & Comp., Alexandrinenstr. 105/06.

Arbeiterinnen
für leichte Arbeit im Packsaal und Vanderollersaal werden sofort eingestellt, ungeübte werden angelernt. 84/14*
Manoli, Rungestr. 22/24.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen
Berlin: Markusstr. 36. Lausitzer Pl. 14/15. Petersburger Platz 4. Lindenstr. 3. Blumenthalstr. 8, Hof parterre. Wilhelmshavener Str. 48. Müllerstr. 34a.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1. f. Revier Osnabrücker Str. u. Rosinenstr.
Wilmersdorf: Wilhelmsaue 27 bei Schubert.
Neukölln: Neckarstr. 2.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Pankow: Mühlenstr. 70.
Borsigwalde: Kienast, Räusch-Str. 10.
Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Tüchtige
Dreher und Klempner,
welche auch schweißen können, verlangt sofort 2780b
Berliner Automobil-Zentrale
Aktiengesellschaft,
Schiffbauerdamm 35.

Geübte (im Gewindeschneiden bewanderte)
Eisendreher,
Maschinenschlosser,
Werkzeugmacher,
Klempner,
kräftige **Transportarbeiter**
benötigt dringendst
Kgl. Geschützgießerei Spandau.

Schlosser
Klempner
Autogen-Schweißer
Schweißerinnen
werden sofort eingestellt L62*
Albatros
Johannisthal, Flugplatz, Eingang 5.

Tüchtige Werkzeugmacher,
Spezialisten auf Schnitte und Stanzen, gesucht. 84/27
Maschinenfabrik Mackol, Stettiner Str. 38.

Motoren-Schlosser, Wickler, Dreher
sowie **Hilfsarbeiter**
stellen dauernd ein 81/12*
Lloyd Dynamowerke A.-G., Bremen, Betriebsleitung.

Die Schlacht am Dienstag.

Berlin, 24. Juli. Von der Armee des Generalobersten von Boehn ging im Großen Hauptquartier am Nachmittage des 23. Juli folgende Meldung über die erfolgreiche Abwehr des feindlichen Großangriffs am Vormittage ein:

Nach etwa einstündiger Feuervorbereitung in höchster Kampffeuerstärke ging der Feind auf der ganzen Westfront der Armee zu neuem einheitlichen Angriff über. Von starker, zum Teil neugruppierter Artillerie unterstützt, griffen Franzosen, Schwarze und Amerikaner, von zahlreichen Kampfeinheiten begleitet, an.

Auf der ganzen Front wurden die sich mehrfach wiederholenden Anstürme des Feindes teils vor, teils in den Stellungen, zum Teil in Gegenangriffen abgewiesen. Der einheitliche Großangriff des Vormittags ist zu ungunsten des Feindes entschieden. Teilkämpfe sind noch im Gange.

Im einzelnen. Dem gegen den Abschnitt — General v. Watter — anstürmenden weißen und schwarzen Massen gelang es beim ersten Ansturm unter Begleitung von bis zu 40 gezählten Tanks **zwischen Buzancy und Tigny** zunächst Boden zu gewinnen. Bald hinter ihrer vordersten Linie fingen die Divisionen den Angriff auf und schlugen den Feind im Gegenangriff zurück.

Villemontoire

wurde dem in dichten Mengen, von unserer Artillerie beschossenen, zurückflutenden Feinde wieder entrissen.

Bis zu vier Malen holte der Feind zu neuen Angriffen vergeblich aus. **Das Korps hat mehr als seine alte Linie wieder gewonnen.** Ein erneuter Feindangriff ist zurzeit **nördlich Tigny** wieder im Gange. Zahlreiche zerstörte Tanks liegen hinter der Front.

Mit sichtbar gut liegendem Vernichtungsfeuer nahm Abschnitt — General von Eyel — gegen 6 Uhr vormittags den gleichfalls von zahlreichen Tanks begleiteten Feindangriff an. Er wurde im Nahkampf und in Gegenstößen abgewiesen. Gegen 8 Uhr vormittags drangen neue Infanterie- und Tankwellen vor. Der Hauptdruck richtete sich gegen die Linien beiderseits **Le Plessier Huleu.** Der Feind wurde abgewiesen. Tanks, die über die große Chaussee hinter der Front durchgebrochen waren, wurden zusammengeschossen.

Auch im Abschnitt — General von Winckler — entwickelten sich schwere Kämpfe. Seine Divisionen schlugen alle Angriffe ab. Höhe 141 ging vorübergehend verloren und wurde durch Gegenangriff wieder genommen. Im **Dorf Armentières** an der

Straße Soissons—Chateau-Thierry

gelang es dem Feinde, Fuß zu fassen. Gegenangriffe sind im Gange.

Die Divisionen der Abschnitte — Generals v. Schoeler und Generals v. Kathen — schlugen den gleichfalls in großer Stärke mit Tanks angreifenden Feind ab. Nur im **Nordteil des Chatelet-Waldes**, in den der Feind eindrang, sind Gegenkämpfe noch im Gange. Sonst hat die Kampftätigkeit hier nachgelassen.

Jagd- und Schlachtflieger wurden mit Erfolg in den Kämpfen eingesetzt. Die Truppenzugehörigkeit zahlreicher Gefangener wird in der Abendmeldung gemeldet.

Die Kämpfe zwischen Soissons und Château-Thierry

Französischer Bericht vom 22. Juli abends. (Verspätet.) Im Laufe des Tages versuchten die **Deutschen** durch **mächtige Gegenangriffe** unseren Fortschritten zwischen Marne und Ourcq Einhalt zu tun. Die französisch-amerikanischen Truppen leisteten allen feindlichen Anstürmen Widerstand und erweiterten noch ihr Vorrücken. Wir rückten über die Höhen östlich von **La Croix** und **Grisolles** hinaus vor, eroberten das Dorf **Epieds** und gewannen nordöstlich vom Berge **St. Père** Gelände. Zwischen Marne und Reims haben sich harte Kämpfe abgespielt, die dem Feinde keinen Erfolg brachten. Wir halten unsere Linien im Walde von **Courton** und im **Königswalde.** Weiter nördlich machten die englischen Truppen einen Fortschritt, wobei sie zweihundert Gefangene einbrachten und vierzig Maschinengewehre erbeuteten. Nördlich vom Ourcq und an der Champagnefront wird starke Artillerietätigkeit ohne Infanteriegefecht gemeldet.

Französischer Abendbericht vom 23. Juli. Auf beiden Seiten des Ourcq erzielten unsere Truppen trotz des Widerstandes des Feindes, der neue Reserven herangeführt hatte, neue Vorteile. Auf dem **Nordufer** eroberten wir Plessier Huleux und erreichten den Westrand von Dulchy la ville und nahmen das Dorf **Montgru.** Südlich des Ourcq **überschritten** französische und amerikanische Truppen die Straße nach Chateau-Thierry und schoben ihre Linien mehr als einen Kilometer östlich vor. Das Dorf **Rocourt** ist ebenso wie der größere Teil des **Waldes von Chatelet** in unserem Besitz. Auf dem rechten Marneufer erzielten wir neue Fortschritte. Nördlich des Mont Saint Pere und Charteves, das ebenfalls in unserem Besitz ist, haben wir weiter unseren **Brückenkopf bei Jaulgonne** erweitert. An der Front zwischen der Marne und Reims fanden heftige Kämpfe zwischen der **Ardre** und **Vrigny** statt. Die alliierten Truppen griffen starke feindliche Stellungen an, rückten mehr als einen Kilometer vor und fügten dem Gegner schwere Verluste zu. Englische Truppen ihrerseits machten 300 Gefangene und erbeuteten fünf Geschütze. Nördlich von Monddidier ergab eine örtliche Unternehmung, die uns ermöglichte, **Mailly, Raineval, Sanvillers** und **Auberviller** zu besetzen. 1500 Gefangene, darunter 30 Offiziere.

Amerikanischer Bericht vom 23. Juli. Südlich des Ourcq fuhren wir fort, dem sich zurückziehenden Feinde nachzudrängen. Wir nahmen Jaulgonne und die Wälder westlich davon.

*

Genf, 24. Juli. **Eine Mitteilung des französischen Kriegsministeriums stellt fest, daß die Offensive zwischen Aisne und Marne unter dem Oberbefehl des Generals Mangolle steht und daß zwei Armeen mitwirken, diejenige des Generals Mengin und des Generals Degoutte.**

Hintzes antienglischer Kurs.

Die „Deutsch-Irische Gesellschaft", vertreten durch den Grafen **Westarp** und Herrn Chatterton-Hill depeschierte an den neuen Staatssekretär des Auswärtigen, sie erwarte von dem deutschen Sieg die Befreiung Irlands, Aegyptens und Indiens, worauf Herr v. Hintze antwortete:

Während sich unsere Gegner **nur in Worten** über den Schutz der Nationalitäten ergehen, hat Deutschland durch die Tat bewiesen, daß sein Daseinskampf und seine Siege **der Freiheit der Welt** dienen und den **unterdrückten Völkern zum Heile** gereichen. Deutschland ist sich bewußt, wieviel für die künftige Sicherung und Erhaltung des Weltfriedens von dem **Freiheitskampf des tapferen Irland** und den nationalen Bestrebungen Indiens und Aegyptens abhängt.

Das Telegramm muß in England ähnlich wirken, wie wenn ein englischer Minister die Tschechen Oesterreichs oder die Polen Preußens zu „Freiheitskämpfen" anspornt. Solche Allerweltsbefreiung wird nirgends für etwas anderes genommen als für Kriegs-Cant. Wir haben daheim noch eine ganze Masse zu befreien, wünschen Iren, Indern, Aegyptern von Herzen besten Erfolg, aber daß wir für ihre Freiheit deutsches Blut vergießen wollen, erwarten sie doch selber nicht.

Dem in Berlin anwesenden früheren **Khedive von Aegypten** gab Herr v. Hintze gestern ein Mahl. In seinem Trinkspruch sagte er:

Die **Blicke der ägyptischen Volkes** sind hierher gerichtet, das in Euerer Hoheit seinen **rechtmäßigen Fürsten** verehrt, dessen segensreicher Regierung es Wohlstand und Blüte verdankt und das Euerer Hoheit **Wiederkehr hoffend entgegensieht.**

Der Khedive antwortete mit der Versicherung, daß „die Herzen meines armen von roher Gewalt geknebelten Volkes für die Sache des Vierbundes schlagen".

Hussarek — Ministerpräsident.

Wien, 24. Juli. (Meldung des Wiener k. k. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) **Wie wir erfahren, wurde der Geheime Rat Minister a. D. Dr. Max Freiherr Hussarek v. Heinlein zum Ministerpräsidenten ernannt.**

Der **Polenklub** des Abgeordnetenhauses beschloß, das Präsidium des Klubs zu ermächtigen, dem Freiherrn von Hussarek gegenüber zu erklären, daß der Polenklub auf Grund der stattgehabten Besprechungen bereit sei, für ein sechsmonatiges Budgetprovisorium zu stimmen.

Wie weiter gemeldet wird, will demnächst eine Abordnung der **deutschnationalen Abgeordneten** beim Minister des Aeußern, Grafen Burian, erscheinen und ihm darlegen, daß die deutschen Abgeordneten eine Verkoppelung zwischen der **Lösung der polnischen Frage** und dem Ausbau des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche niemals zulassen könnten; ferner, daß die sogenannte austropolnische Lösung in jenem Umfange, wie sie Graf Burian vorzuschweben scheine, von den deutschen Abgeordneten auf das bestimmteste abgelehnt werde.

Wien, 24. Juli. Die Blätter berichten über die gestrigen Verhandlungen des Freiherrn von Hussarek mit den Parteivertretern, die infolge der **widerstrebenden Wünsche** und Forderungen der Parteien vorläufig auf **Schwierigkeiten** stoßen. Nach den bisherigen Darlegungen Hussareks gegenüber den Parteiführern ergebe sich folgendes Programm für sein in Aussicht genommenes Kabinett: Unbedingtes **Festhalten am Parlament**, das gegenwärtige Kabinett soll beibehalten und im Herbst von einem Kabinett mit starkem parlamentarischen Einschlag abgelöst werden, sechsmonatiges Budgetprovisorium, später Verwaltungs- und Finanzreform sowie Verfassungsreform für Böhmen und Galizien und im Süden des Reiches. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt und morgen zum Abschluß gebracht werden.

* * *

Die „Deutsche Tageszeitung" glaubt die allgemeine Aufmerksamkeit auf folgende Stelle der auch von uns besprochenen Rede des Tschechenführers Stransky hinlenken zu müssen:

Viel loyaler zur inneren Politik als Graf Czernin und der Ministerpräsident hat sich der **jetzige deutsche Botschafter** in Wien gestellt, der einer Deputation deutscher Abgeordneter, die um seine Intervention zugunsten der Deutschen baten, **zur Verständigung mit den Tschechen riet**, somit keine andere Hilfe für sie wußte.

Dazu bemerkt das alldeutsche Blatt:

Was der deutsche Botschafter in Wien offenbar mit als seine Aufgabe ansieht, haben wir bereits früher einmal angedeutet. Danach ist Graf Wedel in einer Weise „österreichisch" loyal, die man nicht gut verstehen kann. Jedenfalls wäre eine Aufklärung über die hier von Stransky angedeutete Stellungnahme, die eine völlige Verkennung der österreichischen Aufgaben verrät, dringend erwünscht.

Man sieht, es gibt noch immer Dummheiten, die von der deutschen Politik nicht gemacht sind, und so bleibt den Alldeutschen immer noch etwas zu tun übrig, um die Kette lückenlos zu schließen. Das fehlte gerade noch, daß sich das Deutsche Reich in die inneren Kämpfe Oesterreichs einmischte! Das Deutsche Reich ist doch nicht mit dem staats- und völkerrechtlich nicht existierenden Deutsch-Oesterreich, sondern mit Oesterreich-Ungarn verbündet, d. h. mit einem Staat, dessen Bevölkerung in der überwiegenden Mehrheit **nicht** deutsch ist. Soll das Bündnis erhalten bleiben, so muß die deutsche Reichspolitik zeigen, daß in ihm ein Vorteil für **alle** österreichischen Völker liegt und daß es keineswegs zu dem Zweck besteht, **ein** Volk gegen die anderen zu begünstigen. Die Alldeutschen aber, die schon soviel zum Wohle des Reiches getan haben, möchten ihre Tätigkeit damit krönen, daß sie das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn in die Luft sprengen.

Bundesstaatlicher Widerstand gegen die Vereinheitlichung der Einkommensteuern.

Das Deutsche Reich ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet oder sollte es doch sein. Aber tatsächlich ist dieser Grundsatz vielfach durchbrochen. So auf dem Gebiet der direkten Steuern.

Heute kann jeder Bundesstaat nach willkürlichem Belieben Einkommensteuern beschließen, das Veranlagungsverfahren bestimmen, Einkommensteuertarife aufstellen. Das möchte zur Not angehen, solange die Belastung der Staatsbürger durch diese Steuern nicht wesentlich ins Gewicht fiel. Es muß unerträglich werden, sobald die Steuerschraube angezogen und die Steuerleistung zu einem der wichtigsten Produktionsfaktoren wird. Und das umso mehr, als sich auf der Staatssteuer die respektablen Kommunalzuschläge aufbauen, die, unter einander selbst wieder ungleich, die Wirkung der Verschiedenartigkeit ihrer Grundlage, eben der direkten bundesstaatlichen Steuern, um so schärfer hervortreten lassen.

Notwendig ist also die Vereinheitlichung der bundesstaatlichen Einkommensteuern, die am besten durch das **Reich** erfolgte, deren Durchführung das Reichsschatzamt aber am liebsten den Bundesstaaten überlassen möchte, um die diversen Finanzminister nicht in dem sehr ausgeprägten Gefühl ihrer Wichtigkeit zu kränken. Aber da kommt es schön an. Das „Berl. Tageblatt" meldet aus Dresden:

„Gleich der bayerischen lehnt auch die **sächsische Regierung** — laut Erkundigungen unseres Mitarbeiters — eine **Vereinheitlichung der Einkommensteuertarife in ganz Deutschland** ab. Auch sie betont, daß die Verhältnisse zu verschieden liegen, als daß ein einheitliches Schema für sie angewendet werden könnte. Sachsen würde jedenfalls eine solche Vereinheitlichung nicht mitmachen. Auch gegen die in dem gestern erwähnten Artikel der „Münchener Zeitung" angekündigte Uebertragung weiterer Einnahmen von den Einzelstaaten auf das Reich würde sich Sachsen mit allen Kräften sträuben."

Der Widerstand der bundesstaatlichen Finanzminister erklärt sich aus der Furcht, das Reich könnte die vereinheitlichte Einkommensteuer als Grundlage für Reichszuschläge benutzen. Darum die Unkenrufe aus Dresden und München! Vielleicht denken nicht alle bundesstaatlichen Finanzminister so schroff wie ihre Kollegen in Sachsen und Bayern, wohl wissend, daß der am besten wegkommt, der sich von einer unvermeidlichen Entwicklung nicht überrennen läßt, sondern sie mitmacht, um ihrer Herr zu werden.

* * *

Das vorläufige Ergebnis der **Kriegssteuer**, wie es sich für den 31. Dezember 1916 stellte, liegt jetzt vor. Es ergibt sich daraus, daß die Kriegssteuer 5 585 184 059 Mark erbracht hat. Dazu kommen noch 295 Millionen Besitzsteuern. Den Hauptteil der Kriegssteuer hat **Preußen** aufzubringen, nahezu 3½ Milliarden Mark. Dann folgen **Sachsen** mit 418 Millionen, **Bayern** mit 372 Millionen, **Württemberg** mit 302 Millionen, **Baden** mit 243 Millionen, **Hamburg** mit 205 Millionen, **Hessen** mit 112 Millionen, **Elsaß-Lothringen** mit 100 Millionen, **Bremen** mit 64 Millionen, **Braunschweig** mit 46 Millionen, **Mecklenburg-Schwerin**, Großherzogtum **Sachsen** mit 38 Millionen, **Anhalt** mit 24 Millionen, **Lübeck** mit 23 Millionen, **Reuß jüngere Linie** mit 21 Millionen, **Oldenburg** mit 20 Millionen, **Sachsen-Koburg und Gotha** mit 19 Millionen, **Reuß ältere Linie** mit 9 Millionen, **Sachsen-Meiningen** mit 8 Millionen, **Sachsen-Altenburg** mit 7 Millionen, **Mecklenburg-Strelitz**, **Lippe** mit 6 Millionen, **Schwarzburg-Rudolstadt** mit 4 Millionen, **Schwarzburg-Sondershausen** mit 3 Millionen und **Waldeck** und **Schaumburg-Lippe** mit je 2 Millionen.

Die Nationalliberalen und das gleiche Preußenwahlrecht.

In der „Nationalliberalen Rundschau" tritt Dr. Fritz **Mittelmann** mit größter Entschiedenheit für die Einberufung eines allgemeinen deutschen Vertretertags der nationalliberalen Partei ein und verweist auf die katastrophalen Wirkungen, die die Ablehnung des gleichen Wahlrechts für die Partei haben müßte:

Wir halten die Einberufung des Vertretertages für eine **nationale Notwendigkeit.** Wenn auf diesem von einzelnen preußischen Abgeordneten dann die Ansicht vertreten werden sollte, daß Preußen hier und da seine Eigenart einbüßen könnte, wenn das gleiche Wahlrecht jemals zur Einführung gelangte, dann wird diesen Abgeordneten aus Wählerkreisen die Mahnung zugerufen werden, **daß Preußen nicht bestehen kann, wenn Deutschland untergeht.** Und die süddeutschen Parteifreunde aus Württemberg und Bayern, die doch auch ein Anrecht haben, sich nationalliberal zu nennen und die auf eine nicht minder stolze Geschichte zurückblicken können wie mancher preußische Landesteil, werden ihre Stimme erheben und nachweisen, **daß südlich des Mains die schwarz-weiß-rote Parteiflagge eingeholt werden kann, wenn die Partei in dieser Frage versagt** und zugunsten einer rückschrittlich gerichteten Politik das Banner des Liberalismus im Stich läßt, das kein Geringerer als der König selbst in diesem Kampfe voranträgt.

Nachdem der nationalliberale Preußentag bei dem rechten Flügel der Landtagsfraktion kein Gehör gefunden hat, ist die Hoffnung, ein Reichsparteitag würde stärkeren Eindruck auf ihn machen, sehr optimistisch. Ein Mittel, die erwarteten katastrophalen Folgen von der nationalliberalen Partei abzuwehren, dürfte in ihm kaum zu finden sein.

U-Boot an der amerikanischen Küste. **New York**, 23. Juli. (Reuter.) Am Sonntag beschoß und versenkte ein U-Boot bei **Kap Cod** (an der Küste von Massachusetts) einen Schlepper und drei Kohlenkähne. Ein Wasserflugzeug ist aufgestiegen, um das U-Boot zu vertreiben. Es wurde niemand verletzt.

Wieder englische Dum-Dum-Geschosse. In einem **Schützengraben bei Reveillon** wurden neuerdings wieder von deutscher Infanterie Mengen englischer Dum-Dum-Geschosse gefunden, die zum Teil vom bekannten **Typ der mit gepreßtem Papier angefüllten Geschoßspitze** sind.

Eine andere Art aufgefundener Geschosse zeigt eine ähnliche Spitze, an die sich ein Kanal anschließt, der offenbar dazu dient, die durch das Auftreffen hineingepreßte **Papiermasse weiter zu zerfetzen.** Die Grausamkeit dieser Erfindung zeigt deutlich, mit wieviel Ueberlegung und Phantasie diese ruchlose Technik arbeitet.

Gewerkschaftsbewegung

Unternehmergewinn und Arbeitslohn im Bergbau.

Immer, wenn Arbeiter unter dem furchtbaren Druck der Teuerung eine bescheidene Aufbesserung ihrer Löhne fordern, dann pflegt man auf seiten der Unternehmer — falls man nicht die Löhne ohne weiteres als auskömmlich bezeichnet — zu sagen, die Teuerung lasse ja das Verlangen nach einer Lohnaufbesserung nicht unberechtigt erscheinen, aber der betreffende Industriezweig könne eine Lohnerhöhung nicht tragen, es sei denn, auch er müsse die Warenpreise erhöhen. Ganz besonders sind es die Bergwerksunternehmer, die das Verlangen der Bergarbeiter nach einer Lohnaufbesserung für unerfüllbar erklären, falls sie nicht gleichzeitig die jetzt schon fabelhaft hohen Kohlenpreise noch weiter hinaufschrauben können. Dieser Argumentation tritt die „Bergarbeiter-Zeitung" entgegen, indem sie die in den Jahren 1914—1917 von 38 Bergwerksbetrieben erzielten Geschäftsgewinne mitteilt und dem die in derselben Zeit erfolgte Lohnerhöhung gegenüberstellt. Die zusammenfassende Darstellung ergibt folgendes Bild.

Unternehmergewinn.

Im Jahre 1917 waren höher wie im Jahre 1914 die Betriebsergebnisse der

18 Gewerkschaften	um	20 948 720 M.	gleich 89,9 Proz.
12 Aktiengesellschaften	um	85 450 098 M.	gleich 57,2 Proz.
9 gemischten Werke	um	171 061 582 M.	gleich 71,8 Proz.
38 Werke zusammen		227 460 350 M.	gleich 69,9 Proz.

Arbeitslohn.

Durchschnittslohn und Lohnsteigerung gestalteten sich im Ruhrgebiet in der gleichen Zeit wie folgt:

	Durchschnittslohn in Mark				Steigerung in Proz.
	1914	1915	1916	1917	
Eigentliche Bergarbeiter	6,17	6,84	8,26	10,42	68,9
Sonstige Bergarbeiter	4,49	4,75	5,48	6,95	54,8
Erwachsene Uebertagsarbeiter	4,35	4,65	5,30	6,59	51,5
Jugendliche Arbeiter	1,47	1,75	2,16	2,88	95,9
Weibliche Arbeiter	—	—	3,30	4,14	—
Alle Arbeiter zusammen	5,15	5,49	6,44	8,12	57,7

Im Jahre 1917 war danach **der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter nur um 57,7 Proz., der Betriebsgewinn der angeführten 38 Werke aber um 69,9 Proz. höher wie im Jahre 1914.** Der Durchschnittslohn der jugendlichen Arbeiter erscheint nur höher, weil diese während der Kriegszeit vielfach mit Arbeiten auch unterirdisch beschäftigt wurden, die vorher ältere und höher bezahlte Arbeiter verrichteten. Weibliche Arbeiter wurden in den Jahren 1914 und 1915 noch nicht beschäftigt.

Die Werksgewinne sind also schon nach den vorstehenden unvollständigen Zusammenstellungen erheblich stärker gestiegen, wie die Arbeiterlöhne. Dabei ist zu beachten, daß darin die Werksgewinne nicht einmal voll zum Ausdruck kommen.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat seit Kriegsbeginn die „Richtpreise" für Kohlen um 9 M., für Kokskohlen um 2,25 M., für Koks um 12,50 M., für Koksgrus um 3 M. und für Briketts um 11,35 M. pro Tonne erhöht. Die Verkaufspreise für Steinkohlen, Braunkohlen und Briketts sind in der gleichen Zeit bis weit über 300 Proz. gestiegen. Noch ungleich höher standen natürlich die Auslandspreise. Bei diesen Preisen haben die Werksgewinne schon eine märchenhafte Höhe erreicht. Nun sind aber die Auslandspreise inzwischen noch weiter gestiegen. Aber trotz märchenhafter Gewinnergebnisse und hinzukommender riesiger Mehreinnahmen aus den Auslandsverkäufen sollen weitere Lohnerhöhungen ohne Kohlenpreiserhöhungen nicht möglich sein. So behaupten die Werksbesitzer.

Vertragswidrige Entlohnung.

Ein Arbeiter aus Hamburg, der von der Berliner Baufirma Brandt bei der Ausführung militärischer Bauten im Elsaß beschäftigt war, sollte nach dem in seinen Händen befindlichen schriftlichen Arbeitsvertrag einen Stundenlohn von 1 M. erhalten. Auf der Arbeitsstelle wurde aber gar nicht nach dem Vertrage gefragt, sondern der Arbeiter bekam, weil er erst 18 Jahre alt war, nur 90 Pf. für die Stunde ausbezahlt. Das ist der Satz, den die Firma jugendlichen Arbeitern zu zahlen pflegt. Der Arbeiter erhob Einspruch gegen die Minderbezahlung, arbeitete aber weiter in der Erwartung, daß ihm ja doch sein vertragsmäßiger Lohn auf die Dauer nicht vorenthalten werden könne. Wochen vergingen, doch es gab trotz Vertrag nicht mehr wie 90 Pf. Auf abermalige Vorstellung wurde dem Arbeiter zwar der vertraglich vereinbarte Lohnsatz bewilligt, doch zu einer Nachzahlung der in den vergangenen Wochen entstandenen Differenz wollte die Firma sich nicht bewegen lassen. Der Arbeiter hörte auf und verklagte die Firma beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung der Differenz sowie der beiden Rückreisetage. — Der Vertreter der Firma machte den Einwand, die Firma könne nicht zur Nachzahlung der Differenz verpflichtet werden, weil die Löhne längst mit der Militärverwaltung verrechnet seien und diese der Firma keine Nachzahlung leiste. Wenn sich der Kläger von Anfang an auf seinen Vertrag berufen hätte, dann würde er auch wohl den vertragsmäßigen Lohn bekommen haben. Es komme aber auch vor, daß Arbeiter auf der Baustelle mit Verträgen ankommen, in denen höhere Löhne festgesetzt seien als die Firma bewilligen könne. Solchen Arbeitern werde dann freigestellt, entweder zu einem niedrigeren Lohnsatz zu arbeiten oder aufzuhören.

Hiernach scheint es, als ob es den Agenten, welche Arbeiter für die Firma werben, gar nicht darauf ankommt, in den Verträgen höhere Löhne einzusetzen, als die Firma zu zahlen willens ist. So einem Agenten ist ja seine Provision die Hauptsache. Wie der von ihm angeworbene Arbeiter nach der auf der weitentfernten Baustelle mit dem Vertreter des Unternehmers fertig wird, das kümmert den Agenten wenig. Versteht es doch nicht jeder Arbeiter, die Erfüllung seiner vertragsmäßigen Ansprüche durchzusetzen.

Im vorliegenden Falle stellte sich der Vertreter des Klägers auf den Standpunkt, daß, wenn Treu und Glauben gelten sollen, Verträge unter allen Umständen erfüllt werden müssen und daß die Firma zahlen müsse, was ihre Agenten in ihrem Namen mit den Arbeitern vereinbart haben.

Das Gericht hielt es nicht für ausgeschlossen, daß der Kläger durch Annahme des geringeren Lohnes sein stillschweigendes Einverständnis mit demselben erklärt habe. Jedenfalls müßte das Gegenteil erst erwiesen werden. Aus diesem Grunde empfahl das Gericht einen Vergleich, der denn auch in Höhe von 65 M. (statt der geforderten 74 M.) abgeschlossen wurde.

Lohnzulagen in den Krankenanstalten der Stadt Berlin.

Vor kurzem berichteten wir über eine Verhandlung im Berliner Rathause, an der die Mitglieder der Deputation, die Verwaltungsdirektoren und die Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse der städtischen Krankenanstalten sowie Frl. Friedrich vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter teilnahmen, bei der es sich um die Erhöhung der Konjunkturzulagen des in den Krankenanstalten beschäftigten Personals handelte. Die Vorschläge, auf die man sich in dieser gemeinsamen Aussprache einigte, bedurften noch der Zustimmung der Lohnkommission des Magistrats. Diese hat nun nach einer Mitteilung der Deputation der städtischen Krankenanstalten an den Verband der Gemeindearbeiter folgender Erhöhung der Konjunkturzulagen ihre Zustimmung gegeben:

Die Konjunkturzulage wird erhöht für Maschinisten oder Vertreter des Maschinenmeisters, Elektromonteure, Heizmonteure, Oberheizer, der ständigen Handwerker, als Maschinisten, Schlosser, Fahrstuhlwärter, Maler, Tischler, Maurer, Tapezierer, Klempner, Heizer, Schlächter usw., der Maschinisten und des Heizpersonals, der Hilfsschlächter, Wäscher, Tierwärter, Bier- und Selterabzieher, der Desinfektionsgehilfen um 40 M.; für Hausdiener um 9 M.; für ungelernte Arbeiter um 40 M.; für Stations-, Haus-, Küchen- und Waschmädchen um 9 M.; für Wärter um 20 M.; für Wärterinnen um 9 M.; für Näherinnen um 18 M.; für Vorarbeiter und Tagesarbeiter um 40 M. monatlich; für Reinigungsfrauen um 75 Pf. täglich. Die Erhöhung erfolgt vom 1. April 1918 ab. Außerdem ist noch die Wohnungsentschädigung der verheirateten Angestellten der Krankenhäuser von 250 M. auf 400 M. jährlich mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1918 ab erhöht worden.

Industrie und Handel.

Vermehrung des Oelfruchtanbaues.

Eine lehrreiche Gegenüberstellung der Fett- und Eiweißproduktion auf tierischem und pflanzlichem Wege bietet ein Aufsatz der „Sächsischen Landwirtschaftlichen Zeitung" betitelt: Hie Raps, hie Milchvieh. Der Verfasser geht bei seinem Vergleich von den Erträgen gleich großer Flächen zum ersten an Hauptfutterfrüchten wie Klee und Rüben aus, die zur Verfütterung an das Milchvieh bestimmt sind, zum anderen an Oelfrüchten wie Raps, der direkt der Oel- und Fettgewinnung nutzbar gemacht wird. Des näheren wird dann ausgeführt, daß zur Fütterung mit Klee und Rüben von beispielsweise 10 Kühen bzw. zur Erzeugung von 18 000 Liter Milch pro Jahr 13 Acker Fläche benötigt werden. Als Nebenerzeugnis der 10 Kühe kommen noch 10 Kälber in Frage, die mit je 0,5 Zentner Schlachtvieh in Rechnung zu stellen sind. Die 13 Acker mit Oelfrucht, Raps, bebaut, ergeben andererseits 325 Zentner Raps. Die geernteten Futterfrüchte enthalten nun an Protein 80,80 Zentner und 13,31 Zentner Fett. Nach Passierung des Tiermagens kommen davon als Milch bzw. Kalbfleisch der menschlichen Nahrung zugute 13,62 Zentner Protein und 12,28 Zentner Fett, es gehen also von dem ersteren 84 Prozent und vom Fett 5½ Proz. dem menschlichen Konsum verloren. Dagegen enthält der Raps 52 Zentner Protein und 140 Zentner Fett, von denen das erstere zwar nur als Futtermittel brauchbar, das letztere aber, abgesehen vom Geschmack, dem Milchfett ernährungstechnisch gleichsteht. Auch die finanziellen Unterschiede sprechen für den Rapsanbau, der Mehrertrag beträgt, auf die Fläche berechnet, 503 Mark pro Acker. Da die Milchviehhaltung infolge der Abgabe von Schlachtvieh für die Frischfleischversorgung der Bevölkerung immer schwieriger wird, ist in dem vermehrten Rapsanbau ein Ausgleich für die zurückgehende Fettversorgung zu erblicken.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Chemische Fabrik Grünau, Landshoff u. Meyer Akt.-Ges., in Grünau bei Berlin, verteilt 12 Proz. Bezüglich der Aussichten teilte die Direktion mit, daß die Umsätze in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit gestiegen seien; wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, sei wieder mit einem günstigen Resultat zu rechnen. Gegenwärtig sei die Gesellschaft mit den Vorbereitungsarbeiten für den Uebergang zur Friedenswirtschaft beschäftigt; ob die Fabrikation der Artikel, die die Gesellschaft herzustellen beabsichtige, lohnend sein werde, könne noch nicht gesagt werden.

England erzeugt Kali.

„Daily Chronicle" vom 19. Juli enthält einen Artikel, demzufolge in England ein praktisches Verfahren entdeckt wurde, die bei der Eisenverhüttung in Hochöfen entstehende Potasche, die bisher an die Schlacke gebunden und unverwertbar war, an Kochsalz oder andere Chlorate, welche den Hochöfen beigegeben werden, zu binden und so verwertbare lösliche Kalisalze herzustellen. Angeblich wurde eine Zentralorganisation unter der Firma British Potash Company gegründet, deren Aktienkapital zur Hälfte von der englischen Regierung, zur anderen Hälfte von den Entdeckern des Verfahrens übernommen wurde. Die neue Gesellschaft, die über ein größeres Personal von Chemikern verfügt, wird Fabriken eröffnen, wo immer die Anlage eine jährliche Ausbeute von 25 000 Tonnen erhoffen läßt. Bisher ist eine Fabrik in Oldbury in Betrieb, die Ende dieses Monats die ersten Kalisalze abliefern wird. Nach Ansicht des Artikelschreibers wird die Gesellschaft in ein bis zwei Jahren Englands Bedarf decken können.

Englische Vorbereitung für den Wirtschaftskrieg.

Nach einer Mildung des „Algemeen Handelsblad" aus London enthält der Entwurf des Gesetzes über die Aufhebung der feindlichen Banken die Bestimmungen, daß sie innerhalb fünf Jahren nach dem Kriege nicht wieder eröffnet werden können.

Beschlagnahme deutschen Eigentums in Amerika.

Washington, 22. Juli. (Reuter.) Der Verwalter des feindlichen Eigentums Palmer teilte mit, daß er die großen im Besitz von Deutschen befindlichen Metallgesellschaften Vogelstein u. Co., sowie Beer, Sontheimer u. Co. in New York übernommen habe. Die Masse beträgt über vierzehn Millionen Dollar. Palmer erklärte, daß diese Uebernahme in Verbindung mit anderen für immer die deutsche Kontrolle in der Metallindustrie dieses Landes vernichten werde. Wie behauptet, hängen die beiden erwähnten Gesellschaften eng mit der Deutschen Metallgesellschaft zusammen. Sie besaßen auch Aktien zahlreicher amerikanischer Gesellschaften. Der Regierungsagent erklärt, eine der übernommenen Gesellschaften hätte große Mengen Kupfer für die Ablieferung an ein deutsches Metallunternehmen nach dem Kriege in Vorrat. Sie erhielt dafür einige hunderttausend Dollar in Noten.

Die Schuldenwirtschaft der Sowjetrepublik.

Der „Lokalanzeiger" berichtet nach der „Nowaja Petrogradskaja Gazeta": Das Volkskommissariat für Finanzen veröffentlicht eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Staates in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1918. Die Einnahmen beliefen sich auf 2 862 727 000 Rubel, die Ausgaben auf 17 602 727 000 Rubel. Es ergibt sich der ungeheure Fehlbetrag von rund 14 740 Mill. Rubel, d. h. die Ausgaben übersteigen die Einnahmen etwa um das Fünffache.

Soziales.

Die Unhaltbarkeit des Rechtsmittelweges in der Militärversorgung.

Einer Kriegerfrau war vom Truppenteil ihres Mannes die Mitteilung geworden, daß ihr Mann nach einem Gefecht auf einer näher bezeichneten Höhe mit einem Oberschenkelschuß tot aufgefunden und auf einem näher bezeichneten Friedhofe beigesetzt worden sei. Sie beantragte die Gewährung der Hinterbliebenenbezüge für sich und zwei Kinder. Von der Stellvertretenden Intendantur des betreffenden Armeekorps, Versorgungsabteilung, erhielt sie darauf folgenden Bescheid:

„Die Intendantur bedauert, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihrem Antrage auf Gewährung der Versorgungsgebührnisse nicht stattgegeben werden kann, da die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen. Das Stellvertretende Generalkommando hat entschieden, daß der Tod Ihres Mannes nicht auf Dienstbeschädigung zurückzuführen ist."

Die Witwe ließ diesen ihr unbegreiflichen Bescheid durch die Kriegshinterbliebenenfürsorgestelle anfechten, worauf ihr von der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums der Bescheid zuging, die gerichtliche Untersuchung des Falles habe ergeben, daß der als gefallen angesehene Ehemann sich selbst die tödliche Verletzung beigebracht habe, zwar nicht in selbstmörderischer Absicht, sondern in der Absicht, sich selbst zu verstümmeln. Bei der Ausführung dieser Absicht habe er sich gegen seinen Willen eine derartig schwere Verletzung beigebracht, daß in Ermangelung sofortiger ärztlicher Hilfe der Tod durch Verblutung eintreten mußte. Da das Vorliegen von Dienstbeschädigung Voraussetzung sei für den Anspruch auf Versorgung, sei die Abteilung nicht in der Lage, den Bescheid der Stellvertretenden Intendantur aufzuheben und bedauere, die gesetzliche Hinterbliebenenversorgung nicht bewilligen zu können.

Der Witwe ist das Ergebnis der „gerichtlichen Untersuchung", von der der Bescheid des Kriegsministeriums spricht, um so unverständlicher, als ihr Mann noch etwa acht Tage vor seinem Tode auf Heimatsurlaub gewesen und guter Dinge wieder ins Feld gereist war. Aber eine Anfechtung des Bescheids ist aussichtslos. Wohl ist der ordentliche Klageweg an sich zulässig. Für die Beurteilung der vor Gericht geltend gemachten Ansprüche sind aber die Entscheidungen der obersten Militärverwaltungsbehörde u. a. darüber maßgebend, ob der Tod mit den Folgen einer Dienstbeschädigung zusammenhängt. Da das für diese Entscheidungen zuständige Drei-Männer-Trifolium jene Frage — endgültig und unanfechtbar — verneint hat, kann die Witwe mittels Klageweges nichts erreichen. Ueber das wirkliche Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung aber bleibt sie auch völlig im Dunkeln, denn die Militärbehörden lehnen die Erteilung von Abschriften aus den über Rentenansprüche erwachsenden Akten kurzerhand ab.

Wie sehr die gänzliche Umformung des Rechtsmittelweges in der Kriegshinterbliebenenversorgung — wie auch bei der Mannschaftsversorgung — notwendig ist, dafür bietet auch der vorstehend geschilderte Fall einen treffenden Beleg.

Die in diesen Tagen in Berlin aus allen Teilen des Reiches versammelt gewesenen Guttempler faßten in ihrer Tagung einstimmig eine Entschließung, in der es unter anderem wie folgt heißt:

Die deutschen Guttempler erwarten, daß die Reichsregierung ihre vaterländische Pflicht erfüllt, indem sie nicht zuläßt, daß irgend welche Mengen an Getreide und Kartoffeln, an Zucker und Obst der diesjährigen Ernte anderen Zwecken zugeführt werden als denen der Volksernährung und Verteidigung. Das deutsche Volk trägt in dieser ernsten Zeit kein Verlangen nach Schnaps, Bier und Wein, wohl aber nach Brot und Kartoffeln, nach Zucker und Obst. Es empfindet es als eine schwere Kränkung, wenn Vertreter der Regierung die Hergabe von 51 Millionen Zentner Gerste während des Krieges allein für Bier mit der Rücksichtnahme auf die Stimmung des Volkes begründen.

Auch unsere feldgrauen Helden an der Front verzichten gern auf Schnaps, Bier und Wein, wenn dieser Verzicht den Ihren daheim den Hunger stillen hilft.

Wir erwarten von der Reichsregierung, daß ihr das Wohl des Volkes höher steht als die Interessen der Brenner, Brauer und Weinfabrikanten.

Gerichtszeitung.

Wenn der Ehemann im Felde steht. . .

Die Trödlerin Andre ist die Mutter von drei Kindern im Alter von 10, 8 und 4 Jahren. Ihr Ehemann steht schon geraume Zeit im Felde und die Frau trug keine Bedenken, in der Person des Arbeiters Willi Hoffmann sich einen Ersatzmann zu beschaffen, der sich schließlich die Rolle des Familienoberhauptes anmaßte und nicht nur die Kinder, sondern auch deren Mutter verprügelte, wenn sie ihm aus dem Erlös ihres Handels nicht genügend Geld abgab. Es soll nach der Bekundung des eigenen Bruders der Andre oft zu bedenklichen Auseinandersetzungen zwischen der Frau und dem Ehemannersatz gekommen sein, wobei einmal der Hoffmann die Frau mit der Faust derartig in den Mund schlug, daß das Blut hervorquoll; auch Drohungen mit „Schädel einschlagen", „Totschlagen", „Plätteisen an den Kopf werfen" spielten eine gewisse Rolle. Auch soll er versucht haben, eine Erpressung zu verüben, indem er der Frau A. drohte, sie wegen angeblich strafbarer Vorkommnisse in ihrem Handel zur Anzeige zu bringen. Die Kinder bearbeitete er gelegentlich mit einem Stocke derartig, daß die Hausnachbaren das Schmerzgeschrei der Kinder vernahmen. Diese haben auch mehrfach anderen Personen erzählt, daß sie „der Onkel" verhaue, wenn sie erklärten, Hunger zu haben. Der achtjährigen Liesa scheint dies Verhalten des „Onkels" unerträglich geworden zu sein, denn sie war eines Tages verschwunden. Das Kind irrte in den Straßen umher, wurde schließlich von einem Schutzmann aufgegriffen und von diesem dem Waisenhause zugeführt. Da das Kind eine ganze Zeit verschwunden blieb, tauchte der Verdacht auf, daß es gewaltsam beiseite gebracht worden sei. Als der mit den Recherchen betraute Kriminalkommissar die Andresche Wohnung betrat, war er geradezu entsetzt über die dort herrschende Unsauberkeit. Die Nachforschungen in der vermeintlichen Mordsache erledigten sich, als das Kind in dem Waisenhause vorgefunden worden war. Dagegen kamen bei diesen Nachforschungen die Dinge zur Sprache, die nun den Hoffmann unter der Anklage der Kindermißhandlung, der Bedrohung und der versuchten Erpressung vor die Strafkammer des Landgerichts III führten. Der Mann scheint besonderes Glück bei Frauen gehabt zu haben, denn zu ihm hielt auch noch eine andere verheiratete Frau, die schließlich auf den Weg der Ehrbarkeit und Pflicht wieder zurückkehren wollte und den Angeklagten um Herausgabe ihrer an ihn gerichteten Liebesbriefe bat. Bei dieser Gelegenheit soll der Angeklagte erklärt haben, daß ihm jeder dieser Briefe 50 bis 100 M. wert sei. — Die drei mißhandelten Kinder sagten als Zeugen ihr Sprüchlein ohne anzustoßen her: „Sie seien nur geschlagen worden, wenn sie es verdient hätten und dann auch nicht tüchtig"; ebenso suchte die Mutter, Frau Marie Andre, den Angeklagten, von dem sie sich wieder getrennt hat, möglichst zu entlasten. — Der Staatsanwalt beantragte 2½ Jahre Gefängnis; das vorgeführte Beweismaterial veranlaßte den Gerichtshof aber nur auf eine Gesamtstrafe von 10 Monaten Gefängnis zu erkennen. — Eine weitere gegen Frau Andre und zwei männliche Angeklagte gerichtete Anklage wegen Hehlerei an der von Frau A. erworbenen und von ihr vertriebenen größeren Posten Bleischlangen und Bleistücken, die aus demontierten Akkumulatoren herrührten, mußte vertagt werden.

„Ausländische Keks." Interessante Aufklärungen über den Wert mancher der überall käuflichen „ausländischen Keks" wurden in einer Verhandlung gegeben, welche die Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Kettenhandels und Handels mit Lebensmitteln ohne Erlaubnis war der Kaufmann Otto Kienast angeklagt. — Der Angeklagte hatte, ohne im Besitze der Handelserlaubnis zu sein, einen großen Posten, für zirka 9000 M., aus Warschau stammende Keks für 90 Pf. die Rolle an den Kaufmann B. verkauft, der sie in seinen Geschäften für 1,25 M. verkaufte. Diese Kekse sind nach einer Aeußerung des Kriegswucheramts ein für die Ernährung völlig wertloses Zeug, welches im Höchstfalle einen Wert von etwa 12 Pf. die Rolle hat und leider vielfach gekauft werde, um Kranken und Lazarettinsassen „etwas Gutes" anzutun. Der Vertreter der Anklage beantragte eine Geldstrafe von 2000 M., während Rechtsanwalt Leop. Meyer um eine mildere Strafe bat, da sich der Angeklagte mit der sehr bescheidenen Provision von 1 Proz. begnügt habe, während andere Tausende verdient hätten. Das Gericht erkannte auf 500 M. Geldstrafe.

Eine „Wasserfreundin", die die Wasserleitung zur „Verschönerung" der Milch in unverantwortlicher Weise in Anspruch genommen hat, stand wieder einmal in der Person der Milchhändlerin Frau Ohle vor dem Schöffengericht. Die Angeklagte ist schon einmal wegen solcher Attentate auf die jetzt so wichtige Milch mit 1500 M. vorbestraft worden. Durch die Beweisaufnahme wurde sie überführt, der Milch, die sie an das Publikum verkaufte, bis zu 80 Proz. Wasser zugesetzt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf die milde Strafe von 1000 M. und Veröffentlichung des Urteils in mehreren Zeitungen auf Kosten der Angeklagten.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.